

NEIN zur Diktatur der Banken und Konzerne

Holzmann und Mannesmann, ein Trauerspiel und eine Erfolgsgeschichte. Gemeinsam ist ihnen, daß zehntausende Arbeitsplätze von der Entscheidung der Banken und Aktionäre abhängen. Die handeln nur danach, ob sie mehr Profit mit dem Fallenlassen oder Zerschlagen der Unternehmen machen oder mit deren Fortbestand. Das „unternehmerische Risiko“ hat noch keinen Kapitalbesitzer oder Manager belastet, ob Bilanzenfälscher beim Bremer Vulkan, Niete im Nadelstreifen bei Holzmann oder erfolgreicher Handyman bei D 2, sie werden weiterhin mehrere zehntausend im Monat verdienen. Das Risiko tragen alleine die Beschäftigten, Arbeitslosigkeit und Lohnverlust sind der Dank für jahrelange Arbeit.

Claus Ludwig, Köln

Der Konkurs des Bauriesen Holzmann wurde abgewendet. Aber die Beschäftigten bezahlen dennoch mit der Verlängerung der Arbeitszeit und mit Lohnkürzungen für die Krise, die sie nicht verursacht haben. Die Verluste werden durch die Gesellschaft getragen, während die Profite der Banken unangetastet bleiben. Den Banken und konkurrierenden Konzernen war aber auch diese „Lösung“ nicht marktwirtschaftlich genug. Sie hätten lieber mit Holzmann auch mehrere zehntausend Arbeitsplätze plattgemacht um den Markt zu „bereinigen“. Konkurse verbunden mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen seien in der Marktwirtschaft ganz natürlich, argumentieren sie. Wohl wahr, aber das spricht nicht für Pleiten und den Verlust von Arbeit und Existenz für die Betroffenen, sondern gegen die kapitalistische Wirtschaft.

Arbeitszeit verkürzen

Die Gewerkschaft IG BAU und die Holzmann-Betriebsräte hatten von sich aus Lohnkürzung und unbezahlte Mehrarbeit angeboten. Das ist ein Rezept zur Vernichtung statt zur Rettung der Arbeitsplätze in der Bauindustrie. Logisch, daß bei Holzmann Bauarbeiter entlassen werden, wenn die verblei-

benden länger arbeiten. Damit wird auch den anderen großen Baukonzernen, bei denen nach Tarif bezahlt wird, ein Mittel in die Hand gegeben, um von ihren Arbeitern dasselbe zu verlangen, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben. So könnten sich schon bald weitere tausende Kollegen ins Heer der 270.000 arbeitslosen Bauarbeiter einreihen weil ihre Jobs gestrichen wurden. Die richtige Forderung ist und bleibt: Verteilung der Arbeit auf Alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Statt nutzlose Appelle an die „gesellschaftliche Verantwortung“ der Banken zu richten und Lohnverzicht anzubieten, wäre es die Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu kämpfen, daß die Milliarden-Profite der Banken und Konzerne verwendet werden, um mit öffentlichen Investitionsprogrammen Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen zu sichern.

Arbeitslos durch Erfolg?

Die großen Pleiten der letzten Jahre – Metallgesellschaft, Bremer Vul-

kan, Holzmann – werden als Ergebnis von „Mißmanagement“ beschrieben.

Bei Mannesmann hingegen sind die Arbeitsplätze wegen des großen Erfolges gefährdet. Der weltweit größte Mobilfunkanbieter Vodafone Airtouch will Mannesmann kaufen und den Konzern in seine Einzelteile zerlegen, um den größten Konkurrenten im europäischen Mobilfunk loszuwerden. Vodafone bietet den Mannesmann-Aktionären Aktien im Gegenwert von über 200 Milliarden DM, mehr als ein Drittel des Bundeshaushaltes. Dies übersteigt bei weitem den wirklichen Wert des Unternehmens, nicht einmal die erwarteten Mobilfunk-Profite der nächsten Jahre rechtfertigen dies. Nur die Hoffnung, daß durch die Ausschaltung der Konkurrenz Vodafone an den Aktienmärkten so hoch bewertet wird, daß die Aktien dauerhaft steigen, ist die Grundlage für diesen Kaufpreis.

Kasino-Kapitalismus

Marktwirtschaft 2000, das ist die Diktatur der Banken und Konzerne über Millionen Menschen, und wenn die größtmöglichen Gewinne nicht durch die Schaffung von Werten gemacht werden, sondern durch die Stilllegung von Produktionsanlagen und das Hinauswerfen der Beschäftigten, umso besser, dann werden neue Rekorde an den Börsen und auf den Konten der Spieler im Kasino-Kapitalismus erzielt.

Wenn es mal wieder schiefeht, weil irgendwann auffällt, daß die Aktienkurse der wirklichen Wertsteigerung des Unternehmens weit enteilt sind und die Kredite faul werden, bezahlen – natürlich – die Beschäftigten und die Steuerzahler.

Die Jagd nach dem Profit und die private Konkurrenz sind dem Interesse der Mehrheit der Menschen direkt entgegengesetzt. Durch die Privatisierung der einst staatlichen Post/Telekom sind tausende Ausbildungsplätze vernichtet worden. Sichere Arbeitsplätze sind durch unsichere und schlechter bezahlte ersetzt worden. Wäre der Bereich Telekommunikation in öffentlichem Eigentum, bräuchte keiner der Beschäftigten, weder hier noch in Großbritannien, Angst vor Firmenübernahmen und Arbeitsplatzverlust haben.

Im Bausektor führt das Profitprinzip dazu, daß 270.000 Bauarbeiter keinen Job haben, während Millionen Wohnungen fehlen und Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Gebäude dringend renoviert werden müßten.

Banken in Gemeineigentum

Eine Enteignung der Baukonzerne und der Banken und deren Überführung in öffentliches Eigentum würde hingegen eine demokratische Planung im gesamtgesellschaftlichen Interesse ermöglichen. Die arbeitslosen Bauleute könnten wieder eingestellt, ihre Qualifikation genutzt werden.

Peanuts und richtiges Geld

- Jeder Holzmann-Beschäftigte bezahlt für den Sanierungsplan mehrere hundert DM monatlich durch Lohnverzicht und Mehrarbeit
- Rolf Breuer, Vorstandschef der Deutschen Bank, verdient 250.000 DM monatlich
- 1 Milliarde DM Gewinn hat die Deutsche Bank im Oktober allein mit dem Verkauf ihrer Anteile an der Allianz gemacht

Tarifrunde 2000:
Lohndiktat verhindern

Seite 4

Jugend auf den
Barrikaden

Seite 5

Dem Sozialismus
gehört die Zukunft

Seiten 6/7

Weltwirtschaft: Vor
oder nach der Krise?

Seite 9

Ein Leben für den Sozialismus



Horst Steinert

Christiane Mergner, Berlin, sprach mit Horst Steinert, 82 Jahre, über sein Leben als Antifaschist und Kommunist.

Horst, ein Jahrhundert geht zu Ende, und du hast einen großen Teil davon als Revolutionär erlebt, wie hast du damals mit der politischen Arbeit angefangen?

Ich war ein Kriegskind, am 16.9.1917 geboren. Mein Vater den ich sehr verehere hat mich zum Kommunisten und Revolutionär erzogen. Mit 10 Jahren trat ich dem Jung- Spartakus- Bund der KPD bei.

Ich habe auch den Roten Wedding miterlebt. Das war der 1. Mai 1929, der sogenannte „Blut- Mai“. Die SPD hat die 1.Mai-Demonstration verboten. Als trotzdem Tausende Arbeiter auf die Straße gingen, eröffnete die Polizei das Feuer. 33 Arbeiter starben. Wir wollten Verletzte von der Straße bringen, aber die Polizei hat auch auf uns geschossen. Ich wurde ins Bein getroffen, als ich das Blut gesehen habe bin ich aus den Latschen gekippt, das war sozusagen meine Taufe.

Wie hast du die Nazi- Zeit erlebt?

Ich wurde Maulwurf, daß heißt mit 10 Mann aus der kommunistischen Jugend sind wir in die Hitlerjugend; wir wollten möglichst viele Jugendliche für uns gewinnen. Wir hatten schließlich 400 Jungkommunisten in der Hitlerjugend. Nachts bei Ausgehverbot konnten wir so Plakate kleben und Flugblätter verteilen. Wir haben auch Demonstrationen durchgeführt, dort wurden wir schließlich verhaftet, 11/2 Monate vor meinem 18. Geburtstag.

Die Anklage lautete auf Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, und darauf stand die Todesstrafe. Doch weil ich noch nicht 18 war lautete das Urteil: 3 1/2 Jahre Gefängnis und Polizeiaufsicht. Als ich entlassen wurde habe ich mich wieder in die illegale Arbeit gestürzt

Mit meiner ersten Frau zusammen habe ich Ausweise gefälscht, wir haben die von Prostituierten gekriegt. Die haben Ausweise von SA und SS Leuten geklaut, die in den Puff gingen, wir mußten dafür 50 Mark bezahlen. Wir haben diese Auswei-

se dann gefälscht, zusammen mit anderen, und dadurch haben 2000 illegale Juden überlebt.

Wie ist es dir nach dem Krieg, in der DDR ergangen?

Als der Krieg zu Ende war, dachte ich wirklich, das jetzt der Sozialismus kommen würde. Ich habe geholfen, die FDJ aufzubauen, auch das Banner zu entwerfen: Blauer Himmel, goldene strahlende Sonne, wir waren so voller Zuversicht und Optimismus, die Parole war: nie wieder Krieg. Es war eine tolle Zeit, ungefähr 2- 3 Jahre, wir dachten, jetzt wird der Sozialismus aufgebaut. Aber Scheiße war's, es kam der Stalinismus von oben, von Ulbricht u.s.w.

Ich nahm 1953 am Bauarbeiter- Aufstand in der Stalinallee teil. Die Arbeiter dort wurden betrogen und durch meinen Gerechtigkeitsinn war ich schnell ein Störfaktor für die Stalinisten. Da haben mir die SED Bosse gesagt: „Genosse du liegst schief!“ Ich lag so „schief“, daß ich dann 1954 aus der SED ausgetreten bin. Das hat mir wirklich weh getan, bei den Nazis saß ich im Knast wegen politischer Arbeit als kommunistischer Jugendfunktionär, und jetzt will mir einer vorschreiben, was Sozialismus ist. Mir wurde dann auch der Ehrensold für antifaschistische Widerstandskämpfer aberkannt. Das war dann der organisierte Antifaschismus in der DDR, die wirklichen Widerstandskämpfer wollten sie gar nicht.

Und nach 89?

Nach dem Zusammenbruch der DDR habe ich mich wieder der Jugend zugewandt, bei JRE, Jugend gegen Rassismus in Europa, mitgemacht. Und dann bin ich 1994 bei der SAV eingetreten, weil ich weiter den Kampf für Sozialismus führen will.

Deine politische Arbeit hat sicher eine Menge Opfer gefordert, hat sich der Kampf trotzdem gelohnt?

Ja, es waren viele Opfer. Die Jahre im Gefängnis und viele meiner Freunde und Mitstreiter sind umgekommen. Aber wir konnten auch 2000 Menschen retten, und aus innerer Überzeugung und Verantwortungsbewußtsein für die Zukunft der Menschheit mußte ich so handeln.

Glaubst du, das im nächsten Jahrhundert neuer Faschismus und neue Kriege drohen?

Welchen Rat gibst du der jungen Generation?

Ja, die Gefahr besteht, wenn wir nichts dagegen unternehmen, wenn die Menschheit nicht Widerstand leistet gegen den Neofaschismus und ihn in die Rattenlöcher zurückscheucht, aus denen er gekommen ist. Die Jugend muß wachsam sein gegen den Faschismus, sie muß sich organisieren und wehren.

Was ist deine Vorstellung von einer sozialistischen Gesellschaft?

Das berühmte Foto, auf dem Karl Liebknecht eine Rede hält und dabei den Arm nach vorne streckt, das ist für mich ein Symbol wohin der Weg gehen muß: Vorwärts in die Zukunft nach den Ideen von Liebknecht und Luxemburg! Meine Vorstellung ist Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, aber im sozialistischen Sinne, und nach dem Erreichen dieser Ziele der Übergang zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft!

unser standpunkt

Eine neue Internationale der Arbeiterklasse aufbauen

Nicht wenige Kommentatoren behaupten, das 20. Jahrhundert sei das Jahrhundert des „Kommunismus“ gewesen und das kommende werde das Jahrhundert des Kapitalismus sein. Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten in Osteuropa hat kurzfristig Illusionen in der Überlegenheit des Kapitalismus auch in der Arbeiterklasse geschaffen. Dies hat aber den Kapitalismus keine neue Zauberkräfte und keine neue Dynamik verleihen können. Am Ende des 20. Jahrhunderts bedeutet der Kapitalismus weltweit Massenelend für zwei Drittel der Menschheit, Kriege und Bürgerkriege. Täglich sterben mehr als 40.000 Kinder an Hunger und Unterernährung.

Versagen der Arbeiterführung

Im 20. Jahrhundert ist es nicht gelungen, das Profitsystem endgültig zu beseitigen, obwohl sich die arbeitenden Menschen immer wieder gegen den Kapitalismus gewehrt haben. Die Verantwortung dafür trägt die Führung der Arbeiterbewegung. Sowohl die Führer der SPD und der Sozialdemokratie international als auch die der Restbestände der sogenannten „kommunistischen“ Parteien sind zum Kapitalismus übergegangen. Sie haben auf gut bezahlten Posten und Parlamentsesseln ihre eigene soziale Befreiung erreicht und sehen auch deshalb keine Notwendigkeit für radikale Veränderungen. Diese Parteien sind als Kampfinstrument für die Arbeiterklasse längst unbrauchbar geworden. Aber ohne eine entschlossene Führung auf Grundlage eines revolutionären Programms kann die Arbeiterklasse den Kapitalismus nicht überwinden.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts schaffte der damals noch aufstrebende Kapitalismus den materiellen Spielraum für die von der Arbeiterklasse erkämpften Errungenschaften, legte damit aber

auch die Grundlage für die Idee des Reformismus in der Arbeiterbewegung, für Illusionen in permanente Reformen. Heute ist die Arbeiterklasse auch in Deutschland und in den anderen entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens mit Lohnkürzungen, Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und steigender Armut konfrontiert. „Wir leben über unsere Verhältnisse“, wird uns gesagt. Anders ausgedrückt: im Kapitalismus liegen die besseren Zeiten hinter uns.

Der Reformismus, der Versuch, den Kapitalismus zu verbessern, ohne die Allmacht der Banken und Konzerne zu beseitigen, führt heute geradezu in Reform- und Sozialabbau. Das beweist einmal mehr das Beispiel der PDS. Die Führung der PDS, der einzigen im Bundestag vertretenen Partei, die mindestens den Sozialismus im Namen trägt, hat sich für die Marktwirtschaft entschieden und damit in der praktischen Konsequenz auch für den Sozialabbau.

Die dringlichste Aufgabe der Arbeiterklasse und der Jugend international ist es heute und in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts neue Arbeiterparteien aufzubauen und für Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus zu kämpfen.

International gegen das Kapital

Weil der Kapitalismus ein internationales System ist, braucht die Arbeiterklasse eine neue Internationale, die bereit und fähig ist, einen länderübergreifenden Kampf zu führen, um das Profitsystem abzuschaffen. Die SAV hat sich mit Arbeitern und Jugendlichen auf allen Kontinenten im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen, um eine Internationale aufzubauen, die den Kampf der Arbeiterbewegung gegen Armut, Ausbeutung und Krieg im 21. Jahrhundert erfolgreich zu Ende führt.

Wahlen 99

Regierungsparteien abgewatscht

Die Bilanz der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen 1999 ergibt ein eindeutiges Bild: Ablehnung von SPD und Grünen, aber auch keine Zustimmung für die CDU.

Rechnet man die absoluten Stimmen aller Wahlen in diesem Jahr zusammen und vergleicht sie mit den Ergebnissen der letzten Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen, so stellt man fest, daß auch die CDU rund 45.000 Stimmen verloren hat. Zusammen mit der FDP summieren sich die Verluste der ehemaligen Regierungskoalition auf 250.000 Stimmen.

Das ist zwar nicht dramatisch, aber angesichts des Niedergangs der Grünen von über

2 auf 1,2 Millionen Stimmen und der SPD von 8,6 auf 5,9 Millionen Stimmen wird klar, daß die CDU von der Enttäuschung über die Schröder-Regierung nicht profitieren kann. Der einzige echte Sieger ist die PDS. Sie steigerte sich von ca. 1 Million auf 1,3 Millionen und legte im Westen um rund 70.000 Stimmen zu. So begrenzt dies auch ist, zeigt es doch das Potential für eine Partei links von SPD und Grünen.

Eine Warnung ist allerdings das Abschneiden der faschistischen Parteien. Zwar konnten sie kaum spektakuläre Erfolge erzielen, doch fast überall etwas zulegen, insgesamt um mehrere zehntausend Stimmen.

Gründung der Grünen vor 20 Jahren

Von der Sonnenblume zum Panzer

Die Gründung der Grünen im Januar 1980 war ein Hoffnungsschimmer für viele Linke in der BRD, die damals die Nase voll hatten von der rechten Politik der SPD.

Bei der Parteigründung der Grünen konnte sich die Linke gegen die gemäßigten bis rechtskonservativen Kräfte durchsetzen. Wegen dem Vakuum im linken politischen Spektrum gelang den Grünen ein erstaunlich schneller Aufstieg. Ende 1982 waren sie zum Beispiel in sechs Länderparlamenten vertreten, 1983 zogen sie in den Bundestag ein und 1985 gab es die erste direkte Regierungsbeteiligung in Hessen mit Joschka Fischer als Umweltminister. Die Grünen wurden von der außerparlamentarischen Bewegung an die Macht gespült. Allein im Jahre 1981 gab es drei Großdemonstrationen mit 100.000 und eine mit über 300.000 TeilnehmerInnen, die gegen Atomenergie, bzw. für

Frieden und Abrüstung protestierten.

Es gab auch Ansätze sozialistischer Ideen im Grünen-Programm. Im Mai 1986 konnten zum Beispiel Forderungen nach der Verstaatlichung von Stahlindustrie und Banken, einer sozialen Grundsicherung für Erwerbslose und Rentnerinnen und die 35-Std-Woche bei vollem Lohnausgleich der mittleren und unteren Einkommen Mehrheiten bekommen. Es gab aber niemals eine klare Abrechnung mit dem Kapitalismus. Ihre Forderungen zielten darauf ab, die Arbeiterklasse für Umweltsünden des Systems zu bestrafen. In Arbeitskämpfen spielten die Grünen überhaupt keine Rolle. Das pro-kapitalistische Programm, die kleinbürgerliche Basis und das Mißtrauen gegenüber der Arbeiterklasse sorgte für den schnellen Rechtsruck.

Grüne endlich seriös?

Die Ansicht, die Grünen müßten sich den anderen Parteien

anpassen um glaubwürdig zu werden und in der Bevölkerung mehr Unterstützung zu bekommen, ist ein Trugschluß. Das Gegenteil ist der Fall. Ihr bestes Bundestags-Wahlergebnis hatte sie 1987 mit 8,3 Prozent. Dies war zu Zeiten eines linken Bundesvorstands mit der Bundessprecherin Jutta Dittfurth, (Fundis), und mit intensivem Kontakt zur außerparlamentarischen Bewegung. Durch die Anti-AKW-Bewegung konnten über 70 der geplanten 90 Atomkraftwerke verhindert werden. Der außerparlamentarische Widerstand ist es, der Verbesserungen erkämpft hat, nicht die Regierungsbeteiligung der Grünen.

Wo ist die Jugend?

Als ehemalige Jugendpartei sehen die Grünen heute alt aus. Der Mitte der 80er Jahre ungewöhnlich hohe Anteil von Studierenden, Schülerinnen, Auszubildenden und Arbeitslosen in ihrer Mitglieds- und Wählerschaft gehört der Vergangenheit

an. 45jährige Akademiker und BesserverdienerInnen, allenfalls ein paar Yuppies geben sich dort heute die Hand. Bei den Berliner Abgeordnetenwahlen verloren die Grünen bei Jugendlichen um 8 Prozent der Stimmen.

Perspektive

1988 kritisierte VORAN in der Broschüre „Jugend für Sozialismus“ das fehlende sozialistische Programm: „...Die Konsequenz wird sein, daß sich die Grünen, dort wo sie in die Regierungsverantwortung kommen immer mehr in die kapitalistischen Sachzwänge verstricken, bis schließlich kein Unterschied mehr ist zu rechtssozialdemokratischer Politik.“ Die traurige Bestätigung können wir heute bestaunen. Die Partei, die durch die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung groß geworden ist, ist zur Kriegspartei mutiert.

Der Lebenslauf der Grünen verrät: Links und radikal reicht eben nicht aus. Ein sozialisti-

sches Programm, gestützt auf die Arbeiterklasse, verbunden mit der Vorstellung einer revolutionären Umgestaltung der Ge-

sellschaft ist (über-)lebensnotwendig.

Kim Opgenoorth



„Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch!“ (Joschka Fischer 1984). In Jeans und Turnschuhen schreckten die Grünen das Parlament auf

Frauen müssen weiter poweren

In den letzten 100 Jahren hat sich die Situation der Frauen radikal verändert. Zu Beginn des Jahrhunderts waren ihnen noch viele, heute selbstverständliche erscheinende Rechte verwehrt. Wie zum Beispiel das Wahlrecht, das Recht sich politisch zu organisieren oder der Mutterschutz. Von mutigen Frauen, oft Sozialistinnen, wurden diese Rechte erkämpft. Und trotz der Verbesserungen sieht es heute immer noch weltweit für die Situation der Frauen düster aus.

Christiane Mergner, Berlin

Egal ob in hochindustrialisierten Ländern wie Deutschland, wo Frauen nur 70 Prozent des Gehaltes ihrer männlichen Kollegen verdienen oder ex-kolonialen Ländern wie Indien, wo weibliche Föten zu Tausenden abgetrieben werden.

Doch überall auf der Welt wehren sich Frauen gegen diese Zustände und stehen bei Protesten gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung in vorderster Front!

Vorkämpferinnen der Revolution

In Deutschland kämpften Anfang des Jahrhunderts Sozialistinnen innerhalb der Arbeiterbewegung für Frauenbildung, Versammlungs- und Wahlrecht, die Organisation von Frauen und forderten ein Ende der doppelten Ausbeutung durch Arbeit und Haushalt. Es gab Forderungen, nach denen die Gesellschaft Hausarbeit und Kindererziehung übernehmen sollte. Clara Zetkin sagte in einer Rede, daß die Befreiung der Frau ein notwendiger Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus ist. Doch entschei-

dende Veränderungen gab es erst durch die November-Revolution von 1918, als durch die Massenbewegung von Arbeiterinnen und Arbeitern schlagartig viele Rechte erkämpft wurden.

Russische Revolution

Doch schon ein Jahr zuvor spielten Frauen eine entscheidende Rolle bei der Russischen Revolution. Am 8. März 1917 streikten in Petersburg die Textilarbeiterinnen für Brot, gegen die Zarenherrschaft und gegen den Krieg. Ihr Aufstand war der Auftakt für die Revolution, die erst den Zaren und wenige Monate später den Kapitalismus stürzte. Bis zur Entartung der Revolution zum Stalinismus gab es Versuche, wirkliche Gleichstellung für die Frauen zu erreichen, z.B. wurden damit begonnen auch Großküchen und Großwäschereien eingerichtet, um die Hausarbeit zu kollektivieren.

Schon vieles wurde erreicht

Bis heute haben die Kämpfe von Frauen, zusammen mit Organisationen der Arbeiterklasse, viele Fortschritte erreicht. In vielen Ländern gibt es heute das Frauenwahlrecht und ein Ende der Nachtarbeit, kürzere Arbeitszeiten, höhere Einkommen und ein Gesundheits- und Sozialsystem. Stück für Stück wurden Unternehmer und Regierungen gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Und Frauen spielen bei allen Protesten immer eine wichtige Rolle auf der ganzen Welt. Im Sudan kämpfen Mütter gegen den Kriegsdienst ihrer Söhne, in Uganda organisieren sich Frauen gegen Vergewaltigung im Bürgerkrieg, in den Slums von Nairobi organisieren Frauen Proteste gegen Bars und Alkohol, bei



Protest gegen das offizielle „Jahr der Frau“ 1975. Trotz vieler seither erkämpfter Rechte ist die Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht

den Schülerprotesten in Frankreich waren es die jungen Frauen, die Streiks anführten, in zahlreichen Arbeitskämpfen treiben Frauen ihre zögerlichen Männer an.

Frauenpower auch in Zukunft notwendig

Doch alles Erreichte ist immer wieder bedroht, solange wir im Kapitalismus leben. In jeder Krise versuchen die Unternehmer und ihre Regierungen, die Rechte der Frauen zurückzuschrauben. So boomt in jeder kapitalistischen Krise vor allem ein Bereich: die Pornographie und Prostitution als übelste

Form der Ausbeutung von Frauen.

Die bürgerliche Propagandatrommel wird gerührt, Sündenböcke sind schnell zu finden. Frauen seien für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich, da sie zu sehr auf den Arbeitsmarkt drängen. Am Werteverfall und an der Jugendkriminalität, da Mütter sich nicht vernünftig um die Kinder kümmern. Frauen seien selbst schuld an Mißhandlungen und Vergewaltigungen, weil sie sich zu provozierend kleiden oder verhalten. Die Rechte auf Abtreibung und Verhütung sind durch die Weisungen eines senilen Papstes und anderen konservativen Kräften bedroht.

Unsere Aufgabe ist es deshalb besonders, Frauen für den Sozialismus zu gewinnen und in unserer Partei zu organisieren, denn Frauen sind oft auf Grund ihrer Stellung leichter bereit, sich zu wehren und in den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft einzugreifen. Sie haben das im auslaufenden Jahrhundert bewiesen, und werden auch im kommenden eine starke und unerschütterliche Macht im Kampf gegen den Kapitalismus, für eine gerechte, sozialistische Gesellschaft sein.

Wehren wir uns!

Zusammen mit der Tatsache, daß Frauen weltweit immer noch

als Menschen zweiter Klasse behandelt werden sind genügend Gründe, sich weiter zu organisieren und für eine Gesellschaft ohne Spaltung zwischen Frauen und Männern, ohne Unterdrückung und Ausbeutung zu kämpfen.

Unsere Aufgabe ist es deshalb besonders, Frauen für den Sozialismus zu gewinnen und in unserer Partei zu organisieren, denn Frauen sind oft auf Grund ihrer Stellung leichter bereit, sich zu wehren und in den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft einzugreifen. Sie haben das im auslaufenden Jahrhundert bewiesen, und werden auch im kommenden eine starke und unerschütterliche Macht im Kampf gegen den Kapitalismus, für eine gerechte, sozialistische Gesellschaft sein.



Ende des 20. Jahrhunderts: Frauen zur Prostitution gezwungen

Die Russische Revolution 1917

Die SAV bringt als Neuerscheinung ein Buch über die Russische Revolution 1917 heraus. Neben einer Zusammenfassung der Ereignisse ordnet das Buch von Wolfram Klein die Russische Revolution in den historischen Kontext dieses Jahrhunderts ein.

Er beschreibt, wie die Revolution anfangs siegen konnte und warum Stalin sie später erwürgen konnte.

Wolfram Klein: Die Russische Revolution 1917, 100 Seiten, kartoniert, 12 DM + 2 DM Porto

Neuerscheinung



Wolfram Klein Die Russische Revolution 1917

Christliche Zeitrechnung für alle Ewigkeit?

Was sagt uns das Jahr 2000 über die Menschheitsgeschichte? Nichts. Der Zusatz „n.Chr.“ in unserer Zeitrechnung ist eine Erfindung. Niemand weiß, wann dieser Jesus geboren wurde. Der 1582 unter Papst Gregor eingeführte Kalender ist eine völlig willkürliche Zeitrechnung und hat einen ebenso willkürlichen Kalender. Viele Kulturen hatten bis ins 20. Jahrhundert ihre eigene Zeitrechnung.

Es gibt keine astronomische, jahreszeitliche noch historische Begründung für den 1. Januar als Jahresanfang. Sonnenwende ist bekanntlich 10 Tage früher oder eine Spanne von 28 bis 31 Tagen für die Länge der Monate. Monatsnamen gehen zum Beispiel auf römische Kaiser Juli(us) oder August(us) zurück. Wenn sich der Oktober von der lateinischen Zahl 8 (octe) ableitet, warum ist es dann der 10. Monat? Die historische Beständigkeit des unsinnigen Gregorianischen Kalenders liegt daran, daß die Kapitalistenklasse das Christentum als ideologische Stütze für ihre Herrschaft braucht und ihn und damit auch die christliche Zeitrechnung durch Kolonisierung und Imperialismus weltweit durchgesetzt hat. Es wird Aufgabe einer

weltweiten sozialistischen Revolution sein, diese Zeitrechnung auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Französische Revolution

Sie kann sich dabei auf die Tradition der Jakobinerherrschaft in der französischen Revolution berufen. Als damals die werktätigen Massen unter Führung Robespierres die Macht im Staat hatten, rechneten sie mit der alten Zeit und ebenso mit ihrer Zeitrechnung gründlich ab und führten in Frankreich den sogenannten republikanischen Kalender ein. Der Jahresanfang wurde auf den 22. September, Tag der Verkündung der Republik, festgelegt. Das Jahr eins auf 1793, erstes Jahr nach Verkündung der Republik, datiert. Jeder Monat hatte 30 Tage und davon gab es 12. Um auf 365 Tage im Jahr zu kommen wurden am Ende noch fünf rangehängt und allesamt zu Revolutionsfeiertagen, erklärt. In einem Aufwasch wurden die christlichen Monatsnamen liquidiert. Der erste Monat im Jahr war der „Vendémiaire“, der Monat der Weinlese. Brumaire war der Monat, in dem sich der Himmel umdüstert, Thermidor der hitzige Sommermonat. Mit einer Verschwörung am 10. Ther-

midor im Jahr 2 nach dem Revolutionskalender (27.7.1794) in deren Folge Robespierre und 20 seiner Gesinnungsgenossen enthauptet wurde, begannen die bürgerlichen Kräfte ihre politische Konterrevolution. Die demokratischen Errungenschaften der revolutionären Bewegung wurden zerstört. 1806 war der Revolutionskalender wieder abgeschafft. Den revolutionären Monatsnamen begegnen wir lediglich noch in der marxistischen Literatur. Marx Buch „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ ist eines der wichtigsten Werke des Marxismus. Marx analysiert hier die Revolution von 1848 bis 1851 und den Staatsstreich von Louis Bonaparte (Napoleon III.). Der Titel des Buches stützt sich auf einen Vergleich dieses Staatsstreiches mit dem ersten Staatsstreich nach der Revolution am 18. Brumaire im Jahre 7 nach dem Revolutionskalender (9. 11. 1799) durch General Bonaparte (Napoleon I.). Trotzki hat in seinen Werken den Begriff Thermidor für die stalinistische Konterrevolution in Rußland benutzt, um die Parallele zur Konterrevolution im Thermidor in Frankreich zu unterstreichen.

Ursel Beck, Köln

Ihr da oben ...



Arm und Reich

Der Einkommensunterschied zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung wuchs von 30 zu 1 (1960) auf 74 zu 1 (1997).

Der Marktanteil der zehn größten Konzerne betrug 1998 im Bereich der Telekommunikation 86 Prozent, Pestizide 85 Prozent, Computer 70 Prozent, Veterinärmedizin 60 Prozent, Pharmazie 35 Prozent und Saatgut 32 Prozent. Unternehmen in den Industrieländern hielten 97 Prozent aller weltweiten Patente.

Die 100 größten Konzerne der Welt kontrollieren 70 Prozent des Welthandels. Jeder einzelne verkauft mehr als jedes der 120 ärmsten Länder der Welt exportiert, während 23 der mächtigsten Konzerne sogar mehr verkaufen als die halbentwickelten Länder wie Indien, Brasilien, Indonesien oder Mexiko.

Karl Marx

In einer von der Onlineredaktion des britischen Medienkonzerns BBC durchgeführten Internetumfrage wurde Karl Marx von tausenden Teilnehmern mit Abstand zum größten Denker des Jahrtausends gewählt, noch vor Naturwissenschaftlern wie Einstein und Newton. Offenbar sind die Ideen des Mannes, der mit der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ zum wichtigsten Vordenker der Arbeiterbewegung wurde, sehr lebendig.

Kiep

Kanzler Schröder äußerte sich über Kiep bei einer überschwenglichen Laudatio über Werk und Autor anlässlich dessen Buchvorstellung. Der „liebe Walther“ sei „ein deutscher Patriot im besten Sinne“, ein Typ mit dem man „Pferde stehlen kann“. Nicht nur Pferde, Herr Schröder.

Arbeitszeit

Im Jahr 2020 reichen zweieinhalb Prozent der jetzt in der Industrie Beschäftigten aus, um die Welt mit den nötigen Industrieprodukten zu versorgen. Zu dieser Schlußfolgerung kommt der Wirtschaftswissenschaftler Jeremy Rifkin aus Washington in seinem Buch über „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“. In den USA seien in den sechziger Jahren noch 30 Prozent der Arbeitnehmer in der Industrie beschäftigt gewesen, heute nur noch sieben. Auch einfache Arbeiten hätten keine Zukunft, denn selbst der billigste Arbeiter könne nicht mit der Maschine konkurrieren.

Arbeitslosengeld

Die Europäische Kommission will ab 2000 den Anspruch auf Arbeitslosengeld für Frauen und ältere Arbeitslose (50-64 Jahre) kürzen. Es wird behauptet, dass sich das Arbeitslosengeld „demotivierend“ auf die Beschäftigungssuche von Erwerbslosen auswirke.

Motivierender wäre sicherlich die Aussicht auf Gehälter in Größenordnungen wie bei EU-Kommissaren.



... wir hier unten

Tarifrunde 2000

Lohndiktat verhindern

„Arbeitgeber fordern Nullrunde, DIHT-Präsident Stihl: Löhne nur um Inflationsrate anheben“ („Stuttgarter Zeitung“, 29. 10. 99). Passend zu dieser Arbeitgeberforderung für die Tarifrunde 2000 will die rot-grüne Bundesregierung die Beamtenbesoldung in den nächsten zwei Jahren nur in Höhe der von ihr geschätzten Inflationsrate für 2000 um 0,7 und für 2001 um 1,6 Prozent anheben. Diese Festlegung soll bereits vor der Tarifrunde per Gesetz festgeschrieben werden. Das ist das Diktat einer Lohnleitlinie für die Tarifrunden 2000 und 2001.

Dieter Janßen, ÖTV-Vertrauensleute-Sprecher im Bürgerhospital Stuttgart*

Die Einbindung der Gewerkschaftsführungen in das „Bündnis für Arbeit“ ermuntert das Kapital, weitergehende Angriffe auf die abhängig Beschäftigten zu starten. Nichts könnte ein besserer Beleg für das Scheitern der Politik der Gewerkschaftsführungen sein als die von BDI-Präsident Henkel erhobene Forderung nach kompletter Abschaffung der Flächentarifverträge („Junge Welt“ 22. 11. 99).

Die Reichen werden reicher

An der fortgesetzten Umverteilung von unten nach oben lässt sich nur etwas ändern, wenn die Gewerkschaften in den Tarifrunden davon wieder etwas zurückholen. Deswegen brauchen wir hohe Lohnerhöhungen. Damit vor allem die Bezieher kleinerer und mittlerer Ein-

kommen etwas davon haben, brauchen wir eine Erhöhung um einen Festgeldbetrag.

Neue Arbeitsplätze werden nur durch radikale Arbeitszeitverkürzung und öffentliche Beschäftigungsprogramme entstehen. Beides muß erkämpft werden. Bei einer Arbeitszeitverkürzung muß es einen vollen Personalausgleich geben, damit die Arbeit nicht noch weiter verdichtet wird. Wir brauchen den vollen Lohnausgleich, damit die Beschäftigten nicht schon wieder dafür bezahlen. Teillohnausgleich oder kein Lohnausgleich ist nur gleichbedeutend mit erzwungener Teilzeitarbeit. Sie muß in einem Schritt vollzogen werden, damit möglichst wenig Möglichkeit besteht, durch Rationalisierung den Beschäftigungseffekt zu schmälern.

Rente für alle ab 58

Alle bisherigen Modelle wie Altersteilzeit oder Rente mit 60, finanziert über Tariffonds, haben eins gemeinsam: entweder können sie nicht in Anspruch genommen werden, weil die Abschläge und Einkommensverluste zu groß sind oder die Beschäftigten sollen dafür bezahlen, wobei bei der Rente mit 60 die Ungerechtigkeit besonders auffällt, da jüngere Arbeitnehmer durch Lohnverzicht für etwas bezahlen sollen, was sie selbst nicht in Anspruch nehmen können.

Nachdem viele ArbeitnehmerInnen aufgrund krankmachender Arbeitsbedingungen das Rentenalter gar nicht erreichen, ist nicht einzusehen, daß sie dafür, daß sie vor Erreichen des Rentenalters

aus dem Arbeitsleben ausscheiden können auch noch bezahlen sollen.

Die Finanzierung einer Rente ab 58 durch die Arbeitgeber ist auch eine bessere Garantie dafür, dass vorgezogener Ruhestand nicht als billiges Mittel zum Arbeitsplatzabbau benutzt wird. Wenn eine solche Regelung von allen die es wollen in Anspruch genommen werden kann, ist es auch leichter dafür einen gemeinsamen Kampf von jüngeren und älteren ArbeitnehmerInnen auf die Beine zu stellen.

Neue Jobs durch Lohnverzicht?

„Das private Geldvermögen hat sich von 1992 bis 1998 überproportional erhöht: Bei einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 22,2 und einem Anstieg der Nettolohn- und Gehaltssumme um 4,7 Prozent erhöhten sich die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 51,9 und das private Geldvermögen um 52,9 Prozent auf 5,7 Billionen Mark. Die Anlageinvestitionen stiegen lediglich um 2,2 Prozent, die Anzahl der Beschäftigten ging um 2,1 Millionen zurück.“ („Die Woche“, 22. 10. 99) Diese Zahlen widerlegen das Argument, daß moderate Tarifabschlüsse Investitionen in neue Arbeitsplätze brächten

Westtarife im Osten

Nachdem in der Tarifrunde 1999 im öffentlichen Dienst die Schlechterstellung Ost bei Einkommens- und Arbeitsbedingungen fest geschrieben wurden, wird es 2000 höchste Zeit, dass eine bundesweite einheitliche Angleichung auf Westniveau erfolgt. „Die öffentlichen Arbeitgeber versuchen, aus den bestehenden Niveauunterschieden zwischen Ost und West Kapital zu schlagen. Nicht die Angleichung auf dem Tarifniveau der alten Bundesländer, sondern Abbau tariflicher Standards ist das Ziel der öffentlichen Arbeitgeber.“ („Tarifrunde 2000“) Deshalb reicht auch allein eine Perspektive für die vollständige Angleichung nicht aus, wir brauchen die sofortige Angleichung. Solange die Beschäftigten im Osten schlechter gestellt sind, wird dies als Druckmittel von den Arbeitgebern auch auf die Beschäftigten im Westen missbraucht werden. Dies gilt gleichermaßen für den öffentlichen Dienst wie für die Privatwirtschaft und Industrie, sei es außerhalb von Tarifverträgen oder tarifvertraglich abgesegnet.

Nachdem 1999 die Bescheidenheit bei den Tarifabschlüssen weiterging, müssen aktive Gewerkschafter sich jetzt dafür einsetzen, dass 2000 die Verluste der letzten Jahre wieder zurückgeholt werden. Ohne Druck von unten auf die Gewerkschaftsführungen wird es allerdings kein offensives Vorgehen geben. Das hat auch die Tarifrunde 1999 im öffentlichen Dienst gezeigt, als nur der Widerstand der Mitglieder bisher weitergehende Zugeständnisse der ÖTV-Führung an die Arbeitgeber bei Flexibilisierung und im Krankenhausbereich verhindert hat.

Vor der letzten Bundestagswahl wurden die Mitglieder immer von den Gewerkschaftsführungen vertröstet und damit hingehalten, dass es mit rot-grün mehr soziale Gerechtigkeit geben werde. Unter Schröder hat sich aber nichts

geändert und trotzdem sollen wir weiterhin vertröstet und hingehalten werden. Nur wenn die Gewerkschaften kämpfen werden sie das erreichen, was die Mitglieder erwarteten als sie rot-grün wählten.

Für diese Forderungen sollten sich aktive Gewerkschafter in der Tarifrunde 2000 einsetzen:

- ★ **Nein zum Lohndiktat!**
 - ★ **Monatliche Lohn- und Gehaltserhöhung um einen Festgeldbetrag von 500 DM für alle Beschäftigten, einschließlich der Auszubildenden und BeamtInnen.**
 - ★ **Sofortige Einführung der 30-Stundenwoche in einem Schritt bei vollem Lohn- und Personalausgleich.**
 - ★ **Tarifliche Rente ab dem 58. Lebensjahr auf Wunsch des Beschäftigten ohne jeglichen Rentenabschlag und sonstige Lohn- und Gehaltskürzungen.**
 - ★ **Abschaffung aller Ost-Tarife, Anhebung der Löhne und Gehälter, sowie vollständige Angleichung der weiteren Tarife auf Westniveau.**
 - ★ **100 Prozent Weihnachtsgeld.**
 - ★ **Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden.**
 - ★ **Ein Jahr Laufzeit der Tarifverträge.**
 - ★ **Für gläserne Tarifverhandlungen. Die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen, was läuft. Demokratische Diskussion und Entscheidung über jeden Tarifabschluss.**
 - ★ **Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zum Vollstreik.**
 - ★ **Gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften, die in der Tarifaus-einandersetzung stehen**
- * (Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person)

Britische Gewerkschaften

Opposition fordert Bürokraten heraus

Über die Erfahrungen von oppositioneller Tätigkeit in den Gewerkschaften sprach VORAN mit Glen Kelly, nationaler Sekretär der CFDU, der „Kampagne für eine kämpferische und demokratische UNISON“. UNISON ist die größte britische Gewerkschaft, in ihr sind 1,5 Millionen ArbeiterInnen und Angestellte des öffentlichen Dienstes organisiert.

Seit wann gibt es eine linke Opposition in der CFDU?

Seit deren Gründung 1993. Die UNISON ist aus drei Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes entstanden, in zweien davon gab es eine Tradition linker Opposition, die mit der CFDU fortgeführt werden konnte.

Welche politische Orientierung haben die Anhänger der CFDU?

Die meisten KollegInnen sind politisch nicht organisiert, sie wollen sich für eine kämpferische Gewerkschaft einsetzen. Ansonsten sind kleinere linke Organisationen vertreten, einige CFDU-Anhänger sind noch in der Labour Party von Tony Blair. Die stärkste politische Kraft in der CFDU, der auch ich angehöre, ist die Socialist Party, die Schwesterpartei der SAV. Die einzige größere Gruppe auf der Linken, die sich nicht beteiligt, ist die Socialist Workers Party (SWP, in Deutschland „Linksruck“).



Roger Bannister, Kandidat der linken Opposition in der UNISON bei den im Frühjahr stattfindenden Wahlen zum Gewerkschaftsvorstand

Was sind die wichtigsten Programmpunkte der CFDU?

Wir wenden uns gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste und treten für eine Wieder-Verstaatlichung privatisierter Bereiche ein. Die CFDU lehnt die Private Finance Initiative (PFI) ab. PFI bedeutet, daß Privatunternehmen öffentliche Dienste „sponsern“. Berechnungen haben allerdings ergeben, daß dies auf längere Sicht die öffentlichen Haushalte teurer zu stehen kommt.

Wir fordern, daß dem Gesundheitswesen und den Kommunen die Gelder zurückgezahlt werden, die seit 1979 von der Regierung gekürzt wurden. In bezug auf die gewerkschaftliche Strategie treten wir dafür ein, daß Angriffe, die alle Mitglieder betreffen, mit landesweiten Streikmaßnahmen beantwortet werden. Der Hintergrund ist, daß die UNISON-Führung zwar Mitglieder, die sich im Streik befinden, unterstützt, aber nichts dafür tut, diese Kämpfe auszudehnen, im Gegenteil, sie tut alles, um die Ausdehnung zu verhindern.

Ein landesweiter Streik gegen Privatisierung wäre laut den britischen Anti-Gewerkschafts-Gesetzen illegal, aber wir meinen, daß die Gewerkschaften zur Not diese Gesetze brechen müssen.

Außerdem fordern wir einen Mindestlohn von 5 Pfund pro Stunde ohne jegliche Ausnahme, die gesetzliche Regelung sieht 3,60 Pfund vor, wobei 16-18jährige keinen Anspruch darauf haben.

Darüber hinaus treten wir für die Wählbarkeit aller Funktionäre ein und dafür, daß diese auf der Grundlage des Durchschnittslohnes der UNISON-Mitglieder ihre Arbeit machen. Dieser liegt zur Zeit bei ca. 15-16.000 Pfund im Jahr (ca. 45.000 DM), die meisten Funktionäre erhalten jedoch zwischen 30.000 und 40.000 Pfund jährlich.

In Großbritannien sind die Gewerkschaften noch immer der Labour Party angeschlossen und finanzieren diese auch. Wie ist eure Position dazu?

UNISON zahlt ca. 1,5 Millionen Pfund im Jahr an Labour. Das Geld bekommen Labour-Abgeordnete, die gerade für die Kürzung von 700 Millionen Sozialleistungen für Behinderte gestimmt haben – von denen nicht wenige UNISON-Mitglieder sind – und gleichzeitig Steuererleichterungen für diejenigen beschlossen haben, die über 100.000 Pfund jährlich verdienen, damit diese mehr Aktien kaufen können.

Wir sagen, daß nicht ein Penny an Labour-Abgeordnete gehen darf, die Politik gegen unsere Mitglieder machen. Stattdessen müssen die politischen Kassen der UNISON geöffnet werden, um Kandidaten zu unterstützen, die sich auch bei Wahlen für die UNISON-Mitglieder einsetzen. Kürzlich wurde ein zwei Jahre dauernder Streik gegen Lohnkürzungen in einem privatisierten Altenheim beendet. Die Streikenden, allesamt UNISON-Mitglieder, hatten bei der Kommunalwahl kandidiert, bekamen aber keine finanzielle Unterstützung von UNISON für diese Kandidatur.

In welchen anderen Gewerkschaften gibt es eine starke Opposition?

Am stärksten und am besten organisiert ist die Opposition in UNISON und der PCS, einer anderen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Aber auch in der Bauarbeiter-Gewerkschaft, bei den Lehrern und den Post- und Telekommunikations-Beschäftigten ist eine organisierte Opposition vorhanden. In der großen Transport- und General Union beginnt sich jetzt, nach dem Hafnarbeiter-Streik in Liverpool, eine Opposition herauszubilden.

Wie organisiert und finanziert ihr eure Arbeit?

Jedes Jahr wählt eine Konferenz den Vorstand. Außerdem führen wir regionale Versammlungen und auch örtliche Treffen durch. Bis vor zwei Jahren konnten gewerkschaftliche Gliederungen sich der CFDU anschließen und an diese spenden. Das ist von der Gewerkschaftsführung als Reaktion auf den Erfolg unserer Arbeit verboten worden. Jetzt finanziert sich die CFDU durch den Jahresbeitrag von fünf Pfund und durch regelmäßige Spenden ihrer Aktivistinnen.

Seht ihr Kandidaturen zu innergewerkschaftlichen Wahlen als ein Mittel an, die Bürokratie zu bekämpfen? Welche Erfahrungen habt ihr?

Wir treten grundsätzlich bei Wahlen an. Im nationalen Komitee von UNISON sind von 60 Leuten vier CFDU-Unterstützer, auf regionaler Ebene sind wir vor allem in London stark, im Regionalkomitee, das über 100.000 Mitglieder vertritt, sind zehn von 40 Mitgliedern in der CFDU aktiv. Die wichtigste Sache zur Zeit ist der Wahlkampf um den Posten des UNISON-Generalsekretärs. Roger Bannister kandidiert auf der Grundlage des CFDU-Programmes und wird von 54 Gliederungen unterstützt. Er

hat deutlich gemacht, daß er das Gehalt von 74.000 Pfund nicht akzeptieren sondern auf der Grundlage eines Durchschnittslohnes leben wird.

Zum ersten Mal unterstützt mit London auch eine ganze Region einen linken Kandidaten. Das Rennen ist diesmal offener, auch weil hoffentlich nur ein linker Kandidat antritt. Bei der letzten Wahl hatte die SWP mit ihrer eigenen Kandidatur die linken Stimmen gespalten, diesmal unterstützt sie Roger Bannister.

Es geht bei der Wahlkampagne nicht nur um den Posten selbst, wir werden dadurch auch die CFDU an der Basis aufbauen können.

Was würdest Du Oppositionellen in den deutschen Gewerkschaften als wichtige Erfahrung aus eurer Arbeit mit auf den Weg geben?

Was den Sozialabbau angeht, beziehen sich viele europäische Regierungen auf Blairs New Labour, allein deswegen ist ein Erfahrungsaustausch nötig. Die rechte Gewerkschaftsführung weltweit akzeptiert den Markt und damit die Kürzungen, wenn es wirtschaftlich bergab geht. Sie wollen die Probleme nicht beseitigen, sondern nur den Schmerz lindern.

Weil aber die Bürokraten oftmals nur noch ihre Posten innehaben, um selbst an den Fleischtrögen zu sitzen, kann auch

schon eine kleine gut organisierte Opposition sie aufschrecken. Wichtig ist, und das gilt für alle Länder, denke ich, daß man sich an die breite Mitgliedschaft wenden muß, auch an die, die sich noch nicht als Gewerkschaftsaktivisten sehen. Die Schicht der Aktiven, Vertrauensleute usw., ist geschrumpft und alleine diese können die Gewerkschaft nicht der Bürokratie entreißen.



„Billiglohn – Auf keinen Fall!“

ÖTV-Sonderkongreß

Im November fand in Dortmund der ÖTV-Sonderkongreß statt, auf dem die Fusion mit vier weiteren Einzelgewerkschaften zur Dienstleistungsgewerkschaft **ver.di** beschlossen wurde.

Gaetan Kayitare sprach mit Manni Engelhardt, Delegierter aus Aachen und Personalratsvorsitzender des Studentenwerks*.

VORAN: Du hast an mehreren Gewerkschaftstagen als Delegierter teilgenommen. Wie und wo würdest Du diesen Kongreß in Dortmund einordnen?

Manni: Beim letzten Gewerkschaftstag in Stuttgart hat der Kongreß mindestens noch getanzt. Diesmal war er flügelarm und lethargisch. Luft und Pep waren schon am ersten Tag raus. Auch wenn viele Kolleginnen und Kollegen es noch nicht wahrgenommen haben, hatte der Gewerkschaftstag die Aufgabe die wichtige Entscheidung – ver.di ja oder nein – zu treffen. Es gab überhaupt nur zwei Anträge gegen ver.di, einer aus Kassel und einer aus Bielefeld. Bereits am ersten Tag wurde abgestimmt und nur fünf Delegierte stimmten bei einigen Enthaltungen

für den Antrag aus Kassel. Mit mir ergriffen auch nur zwei Kollegen das Wort gegen ver.di. Schade, daß die Delegierten aus Kassel und Bielefeld nicht in die Bütt gingen. Danach war die Antragsberatung nur reine Makulatur, eine Diskussion nur um des Kaisers Bart. Es ging um ein Flut von Anträgen zur Struktur, eine Frage die ohnehin zwischen den Vorständen der beteiligten Gewerkschaften letztlich abgemauert wird.

Warum gab es dann so eine große Mehrheit für ver.di?

Die Gewerkschaftsführung will, der kapitalistischen Logik folgend, nach dem Beispiel der Firmenzusammenschlüsse die Fusion um jeden Preis. Ver.di ist ein Elefant auf tönernen Füßen und eine Schwächung des DGB. Viele Kollegen erhoffen sich von der Fusion eine Stärkung der gewerkschaftlichen Gegenmacht. Bei meinen Redebeiträgen bekam ich tosenden Beifall bei der Bemerkung, Kaufkraft dürfe nicht die Kampfkraft ersetzen. Geplant ist leider ein großes Dienstleistungsunternehmen. Billige Versicherungen, Reisen oder Einkauf sollen an die Stelle von Kampfkraften gegen Kapitalinteressen treten.

* (Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person)

Dem 20. Jahrhundert könnten viele Etiketten angeklebt werden: das Jahrhundert des größten technischen Fortschritts; das Jahrhundert der schlimmsten Vernichtungen und Zerstörungen; das Jahrhundert der großen enttäuschten Hoffnungen. Zum Ende dieses ereignisreichen und dramatischen Jahrhunderts zieht Sascha Stanicic, Bundessprecher der SAV, Bilanz und stellt eine These für die Zukunft auf: das 21. Jahrhundert wird zum Jahrhundert der erfüllten Hoffnungen, zum Jahrhundert des Sozialismus werden.



Auf der internationalen Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Europa, Amsterdam 1997.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Massenproduktion und enormer technischer Entwicklung. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs wurden weltweit mehr Produkte hergestellt als in den tausenden Jahren der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Während im 18. und 19. Jahrhundert erst die Grundlagen für das moderne Transportwesen, die elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten und die Massenproduktion gelegt wurden, wurden diese weltumspannend. Heute sind die entlegensten Winkel der Welt über Satelliten und Internet miteinander verbunden und können jederzeit miteinander kommunizieren. Menschen können in wenigen Stunden von einem Ende der Welt zum anderen fliegen. Wir erforschen das Weltall und haben Menschen auf den Mond und Raumschiffe auf den Mars geschickt. Die Menschheit macht sich die Natur immer mehr Untertan und entfesselt technische und wissenschaftliche Möglichkeiten, die uns einerseits in der Zukunft die Möglichkeit geben könnten mit den letzten großen Krankheiten wie Krebs und AIDS Schluß zu machen, andererseits unkontrolliert und von profitgierigen Konzernen eingesetzt das Potential haben, der Menschheit neues Leid zuzufügen (denken wir nur an die Gefahren der Gentechnologie!)

Ein Großteil der Weltbevölkerung lebt aber trotz dieser enormen technischen Möglichkeiten in unsicheren Verhältnissen oder sogar in Armut. 73 Prozent haben noch nie ein Telefon benutzt, geschweige denn einen Computer gesehen oder sind ein Auto gefahren. Kontrolliert und eingesetzt vom Kapitalismus führen technische Erneuerungen zu Arbeitsplatzvernichtung oder werden erst gar nicht eingesetzt, wenn sie die Profite der Konzerne beschneiden könnten. Zum Beispiel wurde das umweltfreundliche Verkehrsmittel Eisenbahn in diesem Jahrhundert allein im Interesse der mächtigen Autoindustrie systematisch vernachlässigt und vom Autoverkehr verdrängt.

Der enorme private Reichtum führt

nicht zu mehr Wohlstand für alle. Am Ende des Jahrhunderts ist der Unterschied zwischen arm und reich so groß wie niemals zuvor.

Jahrhundert der Zerstörung

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Zerstörung. Nie zuvor sind so viele Menschen in Kriegen und durch brutale Diktaturen ermordet und ganze Völker vernichtet worden. Der Zweite Weltkrieg war eine Zerstörungsgorgie ohne Vergleich hervorgerufen nicht, wie es die bürgerliche Geschichtsschreibung behauptet durch den Haß oder die

Kriegen nach 1945 sind Millionen Menschen umgekommen.

In diesem Jahrhundert mußten wir auch die Vertreibung und Vernichtung ganzer Völker mitansehen. Von den Armeniern zu Beginn des Jahrhunderts bis zu den sogenannten ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien, der Verfolgung der Kurden in der Türkei oder der Zerstörung Osttimors durch die indonesische Besatzung um nur einige zu nennen. Der Höhepunkt des Grauens wurde mit der systematischen und industriellen Vernichtung von sechs Millionen Juden in Nazi-Deutschland erreicht,

talistischen System wird sich nicht die Vernunft, sondern der Kampf um möglichst hohe Profite durchsetzen und dieser wird in der Zukunft in der Lage sein aufs Neue dieses Zerstörungspotenzial zu entfesseln.

Jahrhundert der enttäuschten Hoffnungen

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich mit der Entstehung des modernen Proletariats und der sozialistischen Arbeiterbewegung die Vision einer klassenlosen, auf Freiheit und Gleichheit basierenden

ponierten gegen diesen Kurs und hielten die Fahne des sozialistischen Internationalismus aufrecht und kämpften gegen den Krieg. Nach nur wenigen Jahren erfasste ein neuer Optimismus Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Bauern und Bäuerinnen. In der russischen Revolution ergriffen die Arbeiter und Bauern zum ersten Mal in der Geschichte die Macht und errichteten einen Staat, der nicht von Kapitalisten, Monarchen und Großgrundbesitzern kontrolliert wurde und in deren Interesse wirkte, sondern einen demokratischen Staat der Mehrheit der Bevölkerung. Im jungen Sowjetrußland galten die Prinzipien von Wahl- und Abwählbarkeit von Funktionären und diese erhielten keine Privilegien. Lenin erhielt als Vorsitzender der Regierung keinen höheren Lohn, als normale russische Arbeiter.

Ebenso ging dieser Staat daran die Reichtümer aus den Händen einer kleinen Minderheit zu nehmen und sie zum Wohle aller einzusetzen und begann den Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft. In einer heroischen Leistung überstanden die russischen Arbeiter und Bauern den Versuch der alten Machthaber und der imperialistischen Mächte durch den Bürger- und Interventionskrieg das Rad der Geschichte zurückzudrehen, die Revolution mit brutaler Gewalt zu zerschlagen und den Kapitalismus in Rußland wieder einzuführen.

Unter großen Opfern verteidigten die Massen die Revolution. Mit der Kommunistischen Internationale wurde 1918 eine Weltpartei der Weltrevolution gegründet, die hundertaufende und Millionen von AnhängerInnen und UnterstützerInnen weltweit organisierte.

Doch wie zuvor die internationale Sozialdemokratie die Hoffnungen der arbeitenden Massen enttäuschte, so wurden auch die Hoffnungen, die Millionen weltweit in die russische Revolution und die Kommunistische Internationale setzten, enttäuscht, als in der Sowjetunion, um die Person Stalins herum, die Partei-

Dem. Sozialismus

Psychose Adolf Hitlers, sondern durch den Kampf der imperialistischen Großmächte um Rohstoffe und Absatzmärkte. Erst kürzlich hat Paul Krugman, US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler darauf hingewiesen, dass der Zweite Weltkrieg die entscheidende Rolle für den Kapitalismus spielte die tiefe ökonomische Krise der dreißiger Jahre zu überwinden und die Basis für eine neue Aufschwungphase zu legen. In diesem Krieg haben die USA die Atombombe zu einem Zeitpunkt eingesetzt, als dieser schon entschieden war und. Diese Skrupellosigkeit haben sie mit ihrem Einsatz von Giftgas im Vietnamkrieg fortgeführt. In unzähligen

die ausdrückt, wozu Diktaturen in der Lage sind.

All dieses Grauen fanden nicht im barbarischen Zeitalter der Menschheit oder im grauen Mittelalter statt, sondern zu Zeiten der sogenannten Zivilisation. Sie sind eine Anklage an den Kapitalismus und führen vor Augen, welche grausamen Kräfte dieser entfesseln kann. Sie sind auch keine Phänomene der Vergangenheit, sondern der Gegenwart. Das hat nicht zuletzt die Bombardierung Jugoslawiens oder Rußlands Krieg in Tschetschenien dokumentiert. Das Zerstörungspotenzial ist heute größer als jemals zuvor, im militärischen und ökologischen Sinn. In einem krisenhaften kapi-

Gesellschaft. Diese Vision wurzelte in einer wissenschaftlichen Analyse, welche hauptsächlich von Karl Marx und Friedrich Engels entwickelt wurde, die herleitete, daß der Kapitalismus die materielle, wirtschaftliche Grundlage entwickelt, um eine Welt zu schaffen, in der die Menschen keinen Mangel mehr erleiden müssen, sondern Überfluss zu verwalten ist. Gleichzeitig erklärten Marx und Engels, daß Sozialismus nicht nur möglich, sondern notwendig wird, da das kapitalistische System Widersprüche in sich birgt, die zu Krisen, Armut, Arbeitslosigkeit und Kriegen führen. Die Arbeiterklasse, die die Reichtümer der Welt produziert, sollte die „Totengraberin“ des Kapitalismus sein, die mächtige sozialdemokratische Arbeiterbewegung der Garant für eine sozialistische Zukunft.

Verrat der Sozialdemokratie

Während im 19. Jahrhundert das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft zur politischen Überzeugung von Millionen von ArbeiterInnen wurde, wurde das 20. Jahrhundert zum Jahrhundert des Verrates dieser Ideen. Der Optimismus, der in Leo Trotzki nebenstehendem Text aus dem Jahre 1901 ausgedrückt wird, wurde schwer getroffen, als die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder im Jahre 1914 ihre ursprünglichen sozialistischen, antimilitaristischen und internationalistischen Ziele begruben und sich zu Beginn des Ersten Weltkrieges auf die Seite ihrer „heimischen“ Kapitalistenklasse stellten und dazu aufriefen, daß sich die Arbeiter der verschiedenen Nationen im Krieg gegenseitig niedermetzeln sollten. Die abgehobenen und privilegierten Führer und Abgeordneten dieser Parteien hatten zum großen Teil ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen. Spätestens seit 1914 haben sie alles daran gesetzt die revolutionären Bestrebungen der Massen zu bremsen und den Kapitalismus zu retten. Eine Minderheit um Lenin und Trotzki in Rußland und Luxemburg und Liebknecht in Deutschland op-

und Staatsbürokratie die Demokratie im Lande erstickte und eine Gesellschaft errichtete, die nicht mehr als eine Karikatur auf den Sozialismus war, den sich Lenin, Trotzki und die Bolschewiki vorgestellt hatten, als sie die Revolution führten.

Entstehung des Stalinismus

Die Machtergreifung des Stalinismus in der jungen Sowjetunion war nicht zwangsläufig und keine logische Folge aus der Oktoberrevolution. Sie war möglich aufgrund der Niederlage der Revolutionen in Westeuropa, die zu einer Isolierung Sowjetrußlands führten und aufgrund des niedrigen Wirtschafts- und Kulturlevels in Rußland. Nach vier Jahren Weltkrieg, den Anstrengungen und Entbehrungen der Revolution und des dreijährigen Bürgerkrieges waren die russischen Arbeitermassen müde und erschöpft, die besten Kämpfer waren im Bürgerkrieg gefallen. Das waren die Bedingungen für die politische Entmachtung der Massen und die Zerstörung der demokratischen Strukturen.

Der Stalinismus wurde zum Krebsgeschwür der Arbeiterbewegung, wie zuvor der sozialdemokratische bürgerliche Reformismus. Trotzki sagte dazu: „Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin. Hitler hat die Arbeiterbewegung von außen attackiert, Stalin – von innen. Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Regierer gegen die Regierten. Stalin hat ein System abscheulicher Privilegien aufgebaut.“ (1937).

Die Arbeiterklasse und die gesamte Menschheit zahlten weltweit einen großen Preis für das Scheitern der Revolutionen in Westeuropa und die Machtergreifung des Stalinismus. Die Kommunistische Internationale wurde zu einer Filiale der Sowjetbürokratie und sah ihre Aufgabe bis zu ihrer Auflösung 1943 darin, die Außenpolitik Stalins tatkräftig zu unterstützen. Da dieser vor allem seine Machtposition und Privilegien verteidigen und von den bürgerlichen Mächten der Welt anerkannt werden wollte, ver-



Rußland 1918: Unmittelbar nach Sieg der Revolution begann die Arbeiter-Regierung mit einer Alphabetisierungskampagne



Revolutionäre Bewegungen wie in Indonesien 1998 wird es auch im kommenden Jahrhundert geben. Ziel muß die endgültige Abschaffung des Kapitalismus sein.

lor er das Interesse an einem Sturz des Kapitalismus in anderen Ländern. Die Kommunistischen Parteien führten keine Revolutionen mehr, sondern verhinderten sie, wie in den 20er Jahren in China oder während des Bürgerkriegs im Spanien der dreißiger Jahre. Später führte diese Politik unter anderem zum Hitler-Stalin-Pakt und zur Auslieferung deutscher Antifaschisten an das Hitlerregime durch die Sowjetunion. Der Zweite Weltkrieg war der traurige Höhepunkt der Niederlagen der Arbeiterbewegung,

vernichtet werden. Sie lebte und lebt weiter in der Bewegung, die Leo Trotzki in seinem Kampf gegen die stalinistische Entartung der Sowjetunion und für eine sozialistische Demokratie, ins Leben gerufen hat: der Internationalen Linken Opposition, die 1938 die Vierte Internationale gründete.

Der Kampf geht weiter

Die Tradition der Vierten Internationale wird heute im Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, engl.: CWI)

sen, einen sozialistischen Weg zu beschreiten wurden fehlgeleitet, weil es keine starke marxistische Bewegung gab, wie es sie 1917 in Form der Bolschewiki in Russland gegeben hatte. Der Stalinismus konnte sein Einflussgebiet auf Osteuropa, China und einige Länder der ex-kolonialen Welt ausdehnen. Der Kapitalismus konnte auf Grundlage der Zerstörung von Kapital durch den Zweiten Weltkrieg in eine wirtschaftliche Aufschwungphase eintreten, die bis zur ersten weltweiten

Wirtschaftsrezession 1973-75 andauernden Profittaten. Alle technischen Neuerungen konnten dem Kapitalismus keine neue Phase dauernden Aufschwungs bescheren. Seit 1973-75 ist der Weltkapitalismus wieder in eine Phase wiederkehrender zyklischer Wirtschaftskrisen eingetreten, die 1980-82 und Anfang der 90er Jahre folgten. Die Weltwirtschaftskrise, die im Sommer 1997 in Südostasien ausgebrochen ist und sich seitdem über Russland und Lateinamerika ausweitet ist die vierte Krise seit Anfang der 70er Jahre.

Neuerliche Versuche der arbeitenden Massen dem Kapitalismus die Macht zu entreissen, wie in Frankreich im Mai 1968, in der portugiesischen Revolution 1974, der chilenischen revolutionären Bewegung bis zum Putsch durch Pinochet im Jahre 1973 oder den Massenbewegungen in Spanien und Griechenland in den 70er Jahren wurden wiederum durch sozialdemokratische und stalinistische Führer fehlgeleitet.

Zusammenbruch des Stalinismus

Auch in den stalinistischen Staaten geriet die herrschende Bürokratie mehr und mehr an ihre Grenzen. Die Unmöglichkeit, Wirtschaft und Gesellschaft mit undemokratischen Kommando-Methoden weiterzuentwickeln, führte diese Staaten in die Sackgasse. Die Wirtschaften der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes gerieten mehr und mehr in die Krise, die Versorgungslage wurde schlechter, Unzufriedenheit unter der Bevölkerung weitete sich aus.

Ende der 80er Jahre waren diese Regime so tief in die Krise geraten, dass selbst die stalinistischen Machthaber kein Selbstvertrauen mehr in ihr eigenes System hatten. Je tiefer die Krise wurde desto mehr Bürokraten sahen ihre Zukunft in einer Transformation zur kapitalistischen Marktwirtschaft in der Hoff-

ung. In den revolutionären Massenbewegungen aufkamen, wurden wiederum enttäuscht: zehn Jahre nach der Wiedereinführung von Kapitalismus in den früheren stalinistischen Staaten gibt es statt blühender Landschaften graue Einöde. Millionen verloren ihre Arbeitsplätze und soziale Absicherungen. Im ehemaligen Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion wüthen nationalistische Kriege.

Krise des Kapitalismus

Zum Ende dieses Jahrhunderts ist der Widerspruch zwischen dem privaten Reichtümern und der weitverbreiteten Armut, Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit größer denn je. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, die Einkommen der reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung 78 mal so hoch wie die der ärmsten 20 Prozent.

Kriege sind weltweit und mit den Balkankriegen auch wieder in Europa eine alltägliche Erscheinung. Umweltkatastrophen wie im japanischen Atomkraftwerk Tokaimura sind keine Seltenheit. Die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“, von der Rosa Luxemburg sprach, ist heute aktueller denn je. 70 Jahre Stalinismus haben den „Sozialismus“ in den Augen vieler Arbeiter und Jugendlicher diskreditiert. Und doch haben 78 Prozent in Ostdeutschland in einer Umfrage gesagt, „Sozialismus ist eine gute Idee und wurde von den politischen Führern nur falsch umgesetzt.“

Nachdem das Triumphgeheul der Kapitalisten verstummt ist, das sie angestimmt hatten, am ihnen Russland und die anderen stalinistischen Staaten wieder zum Fraß vorgeworfen wurden, sehen mehr und mehr Menschen auf der ganzen Welt, dass ein Wirtschaftssystem, das auf der Erwirtschaftung des größtmöglichen Profits für eine kleine Anzahl multinationaler Konzerne und auf dem brutalen Konkurrenzkampf dieser Konzerne, aufgebaut ist, der Mehrheit der Menschheit keine Zukunft bieten kann.

Statt dem „Ende der Geschichte“ – wie der Autor Francis Fukuyama den vermeintlich endgültigen Sieg der Marktwirtschaft bezeichnete – haben wir in den 90er Jahren in vielen europäischen Ländern Massenbewegungen der Arbeiterklasse gesehen, die das herrschende Establishment herausgefordert haben. Diese Bewegungen haben in Zeiten moderaten wirtschaftlichen Aufschwungs stattgefunden, in denen die kapitalistischen Regierungen schon dazu übergegangen sind, massiven Sozial- und Arbeitsplatzabbau zu betreiben.

Die Weltwirtschaftskrise, die sich seit Sommer 1997 ausbreitet, hat die kapitalistischen Zentren in Westeuropa und Nordamerika noch nicht erfasst. Es stellt sich aber nicht die Frage, ob das geschehen wird, sondern wann und mit welcher Wucht das geschehen wird. Die Erfahrungen mit dieser und weiteren Wirtschaftskrisen und all ihren Folgen von weiterem Sozialabbau bis zu einem neuerlichen sprunghaften Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, werden einer antikapitalistischen Stimmung in der Arbeiterklasse und der Jugend Bahn brechen, die die Suche nach den wirklichen Ideen des Sozialismus nach sich ziehen wird.

Die Wirtschaftsdepression in Indonesien hatte zur Folge, dass eine Revolution ausbrach, die einen der mächtigsten und brutalsten Diktatoren der Welt aus dem Amt jagte.

Gegen den Pessimismus

Heute, am Ende des 20. Jahrhunderts könnte der Pessimist aussprechen: schau hin, alle Versuche eine gerechte und bessere Welt zu schaffen sind gescheitert und das Kapital sitzt reicher und mächtiger denn je immer noch im Sattel.

Wir Marxisten entgegnen: du sprichst nur von der Gegenwart. Und selbst in dieser Gegenwart sehen wir die Ansätze für ein Wiederaufleben der Arbeiterbewegung, die Vorboten großer Kämpfe in der Zukunft. Die Entfremdung der Massen mit dem bestehenden System ist größer denn je.

Wir gehen mit Optimismus in das neue Jahrhundert. Die materiellen Voraussetzungen, um allen Menschen weltweit ein Leben in Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten, sind vorhanden. Die Arbeiterklasse und die Jugend wird in neuen Massenbewegungen, Aufständen und Revolutionen gegen das kapitalistische System anstürmen.

Millionen werden sich die Ideen des wirklichen Sozialismus zur eigenen Überzeugung machen und gemeinsam eine neue Internationale aufbauen, die das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert des Sozialismus machen wird. ■

gehört die Zukunft

infolge des Verrates durch Sozialdemokratie und Stalinismus.

Doch all diese schrecklichen Entwicklungen konnten neue Versuche Unterdrückung und Ausbeutung zu beenden, nicht verhindern.

Deshalb konnte auch die Idee des Sozialismus und Internationalismus nicht

fortgesetzt, der Weltpartei, der die SAV angeschlossen ist und die in über 35 Ländern auf der Welt den Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der Welt führt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Kapitalismus und Stalinismus gestärkt und die neuerlichen Versuche der Mas-

Wirtschaftsrezession 1973-75 andauernden Profittaten. Diese Weltwirtschaftsrezession war der Wendepunkt für die entwickelten kapitalistischen Staaten vom langanhaltenden Boom zur Depression, einer langanhaltenden Phase tendenziellen ökonomischen Niedergangs, begleitet von einer stetig wachsenden strukturel-

Wirtschaftsrezession 1973-75 andauernden Profittaten. Diese Weltwirtschaftsrezession war der Wendepunkt für die entwickelten kapitalistischen Staaten vom langanhaltenden Boom zur Depression, einer langanhaltenden Phase tendenziellen ökonomischen Niedergangs, begleitet von einer stetig wachsenden strukturel-

Über Optimismus und Pessimismus am Beginn dieses Jahrhunderts

„Dum spiro spero [Solange ich atme, hoffe ich!]... Wäre ich einer der Himmelskörper, so würde ich völlig unbeteiligt auf diesen elenden Ball von Staub und Schmutz herabblicken ... Ich würde die Guten und Schlechten in gleichem Maß bescheinen ... Aber ich bin ein Mensch. Die Weltgeschichte, die für dich kaltherzigen Genießer der Wissenschaft, für dich, du Buchhalter der Ewigkeit, nur ein unbedeutender Augenblick im Kommen und Gehen der Zeiten ist für mich bedeutet sie alles! So lange ich lebe, werde ich für die Zukunft kämpfen, die strahlende Zukunft, in der der Mensch, stark und schön, Herr über den dahineilenden Strom der Geschichte sein wird, um seine Wasser dem grenzenlosen Horizont der Schönheit, der Freude und des Glückes entgegenzuführen! ...

Das neunzehnte Jahrhundert hat in vieler Hinsicht die Hoffnungen des Optimisten erfüllt, noch öfter aber enttäuscht ... Es hat ihn gezwungen, die meisten seiner Hoffnungen auf das zwanzigste Jahrhundert zu übertragen. Immer dann, wenn der Optimist einer scheußlichen Tatsache gegenüberstand, rief er aus: Was, und das kann an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts geschehen! Wenn er von der harmonischen Zukunft wunderbare Bilder malte, so war die Szenerie immer die des zwanzigsten Jahrhunderts.

Und nun ist dieses Jahrhundert gekommen! Was hat es gleich zu Beginn gebracht?

In Frankreich – den Giftschäumen des Rassenhasses; in Österreich – nationalistische Streitigkeiten ...; in Südafrika – den Todeskampf eines



Leo Trotzki, russischer Marxist.

winzigen Volkes, das von einem Riesen hingemordet wird; auf der „freien“ Insel selbst Triumphgesänge an die siegreiche Gier chauvinistischer Geschäftemacher; dramatische „Komplikationen“ im Osten! Rebellionen hungernder Volksmassen in Italien, Bulgarien, Rumänien ... Haß und Mord, Hungersnot und Blut ... Es scheint so, als ob das neue Jahrhundert, dieser gigantische Neuankommeling, vom ersten Augenblick seines Erscheinens an nur darauf wäre, den Optimisten in einen völligen Pessimismus und ein bürgerliches Nirwana hineinzutreiben.

- Nieder mit der Utopie! Nieder mit dem Glauben! Nieder mit der Liebe! Nieder mit der Hoffnung! donnert das zwanzigste Jahrhundert inmitten der Gewehr- und Kanonensalven.

- Ergib dich, du sentimentaler Träumer. Hier bin ich, dein lang erwartetes zwanzigstes Jahrhundert, deine „Zukunft“.

- Nein, erwidert der ungebeugte Optimist: Du bist nur die Gegenwart.“

Leo Trotzki schrieb diesen Text im Jahre 1901 unter dem Pseudonym Antid Oto im Alter von 22 Jahren. Als revolutionärer Marxist im zaristischen Rußland war er verhaftet worden und befand sich in sibirischer Verbannung. Trotz Verfolgung und Unterdrückung, behauptete er „pocht der Revolutionär voller Zuversicht an das Tor der Geschichte“ und richtete seinen Blick in die Zukunft. 16 Jahre später sollte er neben Lenin zum wichtigsten Führer der siegreichen sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland werden.“

„Keine Millenniumrunde in der WTO!“

So lautet die zentrale Forderung im Aufruf des 'Netzwerk gegen Konzernherrschaft und Neoliberale Politik' anlässlich der 3. Ministerstagung der Welthandelsorganisation (WTO). Diese fand vom 29.11. bis 3.12.99 in Seattle in den USA statt. Viele Medien schweigen oder spielen die Brisanz dieses Ereignisses herunter. Nach dem Scheitern der vorangegangenen Liberalisierungsrunde, den MAI-Verhandlungen ist nun eine neue Runde angefallen. Ziel ist die vollständige „Liberalisierung“ der Weltwirtschaft. Opfer sind die Armen dieser Welt, Bauern und abhängig Beschäftigte.

Hans-Jürgen Kleine, Köln

Die jetzt eingeläutete „Millenniumrunde“ ist auf drei Jahre angesetzt und umfaßt alle 135 Mitgliedsländer der WTO. Es geht den führenden Wirtschaftsnationen auch darum, durch Instrumentalisierung der WTO die Länder der „Dritten Welt“ direkt in die für alle Mitglieder verbindlichen Maßnahmen einzubinden. Wie in der UNO, der Weltbank und dem IWF, haben auch in der WTO die USA und die reichen europäischen Staaten das Sagen.

Liberalisierung total

Vier Gegenstände sollen in der Millenniumsrunde verhandelt werden:

- Die Marktliberalisierung der Agrar- und Textilwirtschaft. Die USA wollen ihr (hormonverseuchtes) Rindfleisch auf dem europäischen Markt absetzen, die europäische Agrarindustrie verlangt ihrerseits die Aufhebung bestehender Importbeschränkungen in den USA. Der auf dem karibischen Markt ausgefochtene „Bananenstreit“ zwischen US-amerikanischen und europäischen Konzernen soll „geregelt“ werden.

- Der Handel mit Dienstleistungen in den Bereichen Beratungs- und Bautätigkeit; Handel mit Filmen, Musik und Videos, Tourismus, Banken, Versicherungen, Telekommunikations- und Informationsdienstleistungen. Europäische Versicherungskonzerne, Banken und Computerfirmen drängen mit ihrer Ware auf den US-Markt, amerikanische Billigproduzenten im Medienbereich wollen in Europa die Gehirnwäsche für Millionen verstärkt fortsetzen („Rambo“ läßt grüßen).

- Der Handel mit elektronischer Ware. Die Digitalisierung, Computerisierung und elektronische Kommerzialisierung der Weltgesellschaft soll zügig fortschreiten.

- Die „grenzüberschreitenden“ Investitionen. Auf den nationalen Markt drängende ausländische Konzerne sollen nicht durch staatliche Auflagen „diskriminiert“ werden, das heißt eingeschränkt werden.

Wie fatal die Folgen dieser ökonomi-

schen Liberalisierung für die Menschen sind, zeigt folgendes Beispiel. In Kanada siegte der US-Konzern Ethyl in einem „Streitschlichtungsverfahren“ der NAFTA-Organisation (Nordamerikanische Freihandelszone), nachdem er die Regierung erfolgreich auf 250 Mio. US-Dollar Schadenersatz wegen „indirekter Enteignung“ verklagt hatte: Ein kanadisches Umweltschutzgesetz verbot den Einsatz eines gesundheitsschädlichen Benzinzusatzstoffes. Es wurde aufgrund der Klage aufgehoben.

Demokratisierung der WTO?

Einig ist man sich in Brüssel und Washington auch schon über den Schritt, den Gewerkschaften die Mitarbeit in einer permanenten Arbeitsgruppe der WTO zum Themenbereich der Sozialnormen gestatten. Die Präsenz von „Arbeitnehmervertretern“ in der WTO soll der betrieblichen Basis die Illusion von Einfluß auf wichtige Entscheidungen vermitteln und kommt der Forderung nach „Demokratisierung“ der Welthandelsorganisation entgegen. Eine Umgestaltung der WTO im Interesse der Bevölkerung in den armen Ländern und der internationalen Arbeiterbewegung ist jedoch unmöglich. Der Imperialismus diktiert in der Weltwirtschaft die Bedingungen. Die Dritte Welt steckt in der Schuldenfalle und ist von ihren Gläubigern in New York, Paris und Washington vollständig abhängig.

Es gibt Hoffnung, daß sich die Widerstandsbewegung gegen die weltweite kapitalistische Offensive nicht klein kriegen läßt. Eine internationale Erklärung, unterschrieben von 1200 Organisationen und Gruppen, fordert ein „Moratorium“ bei den WTO-Verhandlungen. Vom DGB-Bundesvorstand kommt gegen die Millenniumrunde keinerlei Unterstützung.

Umso mehr sind revolutionäre InternationalistInnen, GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen und kritische

KonsumentInnen gefordert, auch in Deutschland eine breite Widerstandsbewegung zu organisieren. Die in den USA Ende November begonnenen Proteste gegen die WTO-Millenniumrunde dürfen erst der Anfang sein. Um aber letztlich den Welthandel auf einer wirklich gleichberechtigten ökonomischen und ökologischen Basis organisieren zu können, muß der Kapitalismus weltweit gestürzt und durch eine demokratische Planwirtschaft ersetzt werden. ■

MAI, Multilaterales Abkommen über Investitionen

Innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hatten die Regierungen der USA, der EU und Japans zwischen 1995 und Ende 1998 in Geheimverhandlungen versucht, die bestehende Vielzahl bilateraler Verträge zusammenzufassen. Ausländische „Investoren“ (transnationale Konzerne) sollten inländischen Unternehmen rechtlich künftig gleichgestellt und vor jedweden staatlichen Eingriffen geschützt werden.

Eine Unterzeichnung und Ratifizierung des MAI hätte Parlamente und Stadträte bis hinein in die

Kommunen in wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Fragen vollends entmachtet. Gesetzlich verankerte Sozialstandards für die abhängig Beschäftigten und geltende Umweltstandards wären zum ausschließlichen Vorteil transnationaler Unternehmen rücksichtslos gesenkt worden. Nicht zuletzt aufgrund des internationalen Widerstandes, vor allem in den USA, Kanada, Frankreich, Italien und Österreich, aber auch in Indien und Malaysia, konnte der Vorstoß der „global players“ in OECD und EU vorläufig gestoppt werden.

Nieder mit dem Krieg

Welcher Mensch hat sich am Ende des 19. Jahrhunderts vorstellen können, welches Grauen, welches Ausmaß an Zerstörung die Kriege im 20. Jahrhundert anrichten würden? Wer hat sich die 8,5 Millionen Gefallenen des ersten Weltkrieges und die 60 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges ausmalen können, darunter die systematische Ermordung von ca. sechs Millionen Juden? Wer hat sich vorgestellt, daß das Jahrhundert die Entwicklung einer neuen Waffe, der Atombombe, mit sich bringt, mit der in Hiroshima über 100.000 Menschen auf einen Schlag vernichtet wurden? Wer hat gedacht, daß ein Jahrhundert bevorsteht, in dem praktisch vom ersten bis zum letzten Tag immer irgendwo Krieg geführt wurde?

Georg Kümmel, Köln

In den westeuropäischen Ländern lautete die offizielle Propaganda nach 1945, der gigantische Militärapparat würde gegen die „kommunistische Bedrohung“ durch den Ostblock benötigt. Der Ostblock ist

längst zusammengebrochen und der Kapitalismus beherrscht wieder die ganze Welt. Aber alle Staaten sind nach wie vor bis an die Zähne bewaffnet und rüsten ständig weiter. Der Kalte Krieg ist zu Ende, aber es gibt weiter heiße Kriege. Es bleibt nur der Schluß: So lange es Kapitalismus gibt, gibt es keine Hoffnung auf dauerhaften Frieden in der Welt. Der Krieg ist in der Natur des Kapitalismus angelegt. Kapitalismus beruht auf Konkurrenz-„kampf“ zwischen privaten Produzenten, (Unternehmen, Banken, Konzernen). Dieser Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen findet seine Entsprechung im Konkurrenzkampf zwischen den Staaten.

Imperialismus

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des Imperialismus und der imperialistischen Kriege. Es begann mit der gemeinsamen Intervention der Kolonialmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und Rußland zur Niederschlagung des antiimperialistischen Boxeraufstands in China 1900. Imperialismus bedeutet wirtschaftliche, politische und militärische Unterdrückung der schwächeren durch die stärkeren Länder. Die führenden imperialistischen Staaten haben immer wieder Krieg gegen Länder der kolonialen Welt geführt. Der erste und der zweite Weltkrieg waren Kriege um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Staaten. Denn der Konkurrenzkampf verläuft nur solange weitgehend friedlich, wie alle Kontrahenten ihren Profit vermehren können. Wenn der zu verteilende Kuchen nicht mehr wächst sondern kleiner wird, weil es mit der Wirtschaft bergab geht, wenn die eigenen Profite nur noch auf Kosten der Gegner vermehrt oder verteidigt werden können, dann tobt der Konkurrenzkampf immer heftiger bis hin zu Kriegen. Allgemein kann man sagen, daß wirtschaftlicher Niedergang Kriege nach sich ziehen. Der Wiedereinführung des Kapitalismus und dem Zerfall der Wirtschaft folgten Kriege im ehemaligen Jugoslawien und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Es ist kein Zufall, daß die meisten Kriege in den ärmsten Regionen der Welt stattfinden.

Krieg ist immer noch die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Nicht in jedem Krieg geht es direkt um die Eroberung von Ländern und Gebieten oder die Kontrolle von Rohstoffquellen. Die herrschenden Cliquen in vielen Krisenländern greifen oft zu rassistischer und nationalistischer Hetze und Kriegstreiberei um die Gegner zu spalten und sich selbst an der Macht zu halten. Im sogenannten Kosovo-Krieg gegen Serbien ging es um die Kontrolle und die Stabilität in dieser Region im Interesse und zu den Bedingungen der westlichen Staaten.

Nichts gelernt

Am Ende dieses mörderischen Jahrhunderts wird oft die Frage gestellt: Haben die Menschen denn nichts dazugelernt? Sie haben dazu gelernt. Nach 1914 ist niemand mehr mit Hurra in einen Krieg gezogen. Hitler mußte erst die organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen, sämtliche demokratischen Freiheiten abschaffen, bevor der deutsche Imperialismus mit dem zweiten Weltkrieg einen neuen Versuch starten konnte, Europa zu erobern. In der Nachkriegszeit hat es gegen jeden Schritt der Wiederbewaffnung Proteste gegeben, gegen die neue



Hitler führte den Krieg im Interesse des Kapitals. Die Industriellen Vöglger, Thyssen und Borbet inspizieren mit Hitler das Ruhrgebiet.

Bundeswehr, gegen die Stationierung von Atomraketen. Die Friedensbewegung in den 80ern zählt bis heute zu den größten Protestbewegungen in der Nachkriegsgeschichte.

Tragödie

Die Tragödie besteht darin, daß die Parteien in die die Kriegsgegner ihre Hoffnungen gesetzt haben, SPD und später die Grünen, selber zu kriegsführenden Parteien geworden sind. Die Ursache ist ganz einfach: da Kapitalismus in letzter Konsequenz Krieg bedeutet, wird jede Partei, die nicht in Worten und Taten antikapitalistisch ist, früher oder später zu einer Befürworterin von Rüstung, Rüstungsexporten und Krieg. Die PDS ist gerade dabei, eben diesen Weg zu gehen. In den neunzi-

ger Jahren ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Und ausgerechnet im letzten Jahr vor der Zeitenwende erlebten wir die erste direkte Kriegsbeteiligung Deutschlands seit Ende des zweiten Weltkriegs. Darüber hinaus tobten 1999 Kriege und Bürgerkriege in Äthiopien/Eritrea, Kongo, Sierra Leone, Sudan, Uganda, Sri Lanka, Indien/Pakistan, Indonesien/Osttimor, Rußland/Tschetschenien, Türkei/Kurdistan, Afghanistan und in einigen anderen Ländern.

Die krisenhafte Entwicklung des Welt-Kapitalismus birgt Sprengstoff für neue und größere Konflikte. Es ist die Pflicht eines jeden denkenden Menschen, alles zu tun um, möglicherweise noch schrecklichere, Kriege zu verhindern. ■

Kein Frieden durch die UNO

Bei der Suche nach Frieden verweisen die etablierten Parteien auf die UNO. Angesichts der nackten Tatsachen ist das eine groteske Illusion. Von den fünf Mitgliedern des die Politik der UNO bestimmenden Sicherheitsrates (USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland, China) haben 1999 vier Krieg gegen Restjugoslawien bzw. Tschetschenien geführt. Das fünfte Land, China, ist geradezu Symbol für die Mißachtung von Menschenrechten.

Die PDS setzt auf eine demokratisierte UNO. Einmal angenommen, die UNO wäre demokratisch organisiert, d.h. jedes Mitglied hätte eine Stimme und

gleich viel Einfluß, auch das würde an ihrem Charakter nichts ändern. Die UNO wird von 185 Staaten gebildet. Laut Amnesty International Jahresbericht für 1998 wurden in 125 Ländern Gefangene gefoltert oder mißhandelt. Diese Staaten verfügen also über eine Zweidrittelmehrheit.

Und was heißt „Demokratisierung“? Deutschland ist nach bürgerlichen Maßstäben ein demokratisches Land. Aber wer wollte behaupten, daß die Rot-Grüne Regierung den Willen und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck bringt? Und noch weniger würde auch eine

irgendwie demokratisierte UNO den Willen der Völker dieser Welt repräsentieren. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß auch die demokratisch gewählten Regierungen in aller Welt letztlich nach der Pfeife der Wirtschaft tanzen. Deshalb wird auch die Versammlung ihrer Vertreter, die UNO, immer nur die ökonomischen und politischen Interessen der wirtschaftlich mächtigsten Staaten dieser Welt vertreten. Deshalb geht es, entgegen aller Propaganda, bei Interventionen der UNO nicht um Menschenrechte, sondern um wirtschaftliche und politische Interessen.

Krieg in Zahlen:

- I. Weltkrieg: 8,5 Millionen Tote
- II. Weltkrieg: 60 Millionen Tote
- Seit 1945 gab es in der Dritten Welt und den Entwicklungsländern in Kriegen und bewaffneten Konflikte mindestens 20 Millionen Tote
- Die Anzahl der jährlich geführten Kriege stieg von zwölf in den 50er Jahren auf 40 in den 80er Jahren. 1998 wurden weltweit 32 Kriege und 17 bewaffnete Konflikte geführt
- Die USA, Frankreich und Großbritannien waren nach 1945 in über 40 Fällen Kriegspartei
- 1999 bedrohten weltweit 60 bis 120 Millionen sogenannte Antipersonenminen in über 60 Staaten das Leben der Zivilbevölkerung. Pro Jahr werden 26.000 Menschen durch Landminen getötet oder verstümmelt.
- Mindestens 300.000 Kinder kämpften nach Angaben von Amnesty International 1999 in bewaffneten Konflikten.

(Quelle: Lexikon Aktuell 2000, Sozialwissenschaftliches Institut Universität Hamburg)

Vor oder nach der Krise?

Im Herbst 1997 brachen die Börsen in den vorher sogenannten „Tigerstaaten“ ein und lösten eine schwere Depression aus. Seit Sommer 1998 ist Rußland de facto zahlungsunfähig. Seit einem Jahr ist Lateinamerika von einer schweren Rezession erfaßt. Über Japan hörten wir in den 90ern mit jedem frisch aufgelegten Konjunkturprogramm der Regierung, daß sich nun die wirtschaftliche Lage erholen werde. Und nach Meinung der Experten handelt es sich bei jedem dieser Ereignisse um eine rein regional begrenzte Krise, die man schon in den Griff kriegen werde. Wirtschaftsinstitute wie Politik versichern, daß das Schlimmste vorbei sei und die Weltwirtschaft sich wieder im Aufwind befinde.

Seit Ausbruch der Asienkrise 1997 waren mehr und mehr Staaten in die Rezession geraten, neben Südostasien weite Teile Lateinamerikas und Osteuropas. Japan ist gar nicht erst rausgekommen. Im Herbst 99 gab es aber Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung in mehreren südostasiatischen Ländern und ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in den USA und Europa. Ist die Gefahr einer globalen Wirtschaftskrise, vor der die Welt noch 1998 zitterte, also gebannt?

Zeitweilig gestoppt und verschoben wurde die Ausbreitung der Krise durch eine Reihe von Faktoren 1997 und 1998. Es gab

eine Serie von Zinssenkungen in den USA und anderen Industrieländern. Die Rohstoffpreise fielen 1998 drastisch, beim Öl zum Beispiel um mehr als 50 Prozent. Nach der Asienkrise flüchtete internationales Kapital weg von den neuen Märkten hin zum US-Finanzmarkt. Das heizte den US-Börsenboom weiter an, steigerte die darauf basierenden Vermögen und vor allem Kreditvergaben. Allein 1998 wurden von der US-Privatindustrie 400 Milliarden Dollar neue Schulden aufgenommen, mehr als die Hälfte davon nicht für Investitionen, sondern zur Finanzierung von Aktien- und Firmenkäufen.

US-Wirtschaft

Die leichte wirtschaftliche Erholung in Teilen von Asien und Europa fußt auf billigen Exporten in die USA und auf der dortigen Ausweitung des privaten Konsums. Dieser wiederum basiert auf einer weiteren Verschuldung. Die Sparquote ist zum ersten Mal seit den 30er Jahren negativ. Die Gesamtverschuldung des privaten Sektors beträgt heute 130 Prozent des Sozialprodukts, (1929, vor der großen Rezession, waren es knapp 100 Prozent).

Die USA waren mal größte Gläubigernation der Welt, heute sind sie die größte Schuldernation. Alles spricht vom ausgeglichenen Haushalt Clintons. Aber ausgeglichen ist nur der sogenannte Primärhaushalt, d.h. das Verhältnis der Jahreseinnahmen und Jahresausgaben. Die gesamte staatliche Verschuldung ist nach wie vor hoch. Die USA impor-

tieren Monat für Monat mehr als sie exportieren. 1998 kam fast die Hälfte des globalen Nachfrage-Zuwachses aus den USA.

Der frühere Vorsitzende der US-Zentralbank, Paul Volcker, kommentierte die Lage der Weltwirtschaft sarkastisch: „Die Welt hängt heute von Amerika ab, die amerikanische Wirtschaft hängt von den Konsumenten ab, die amerikanischen Konsumenten hängen von Wall Street ab, und Wall Street hängt von 50 Gesellschaften ab, von denen die Hälfte noch nie Gewinne erwirtschaftet haben.“ (Times, 9.7.99)

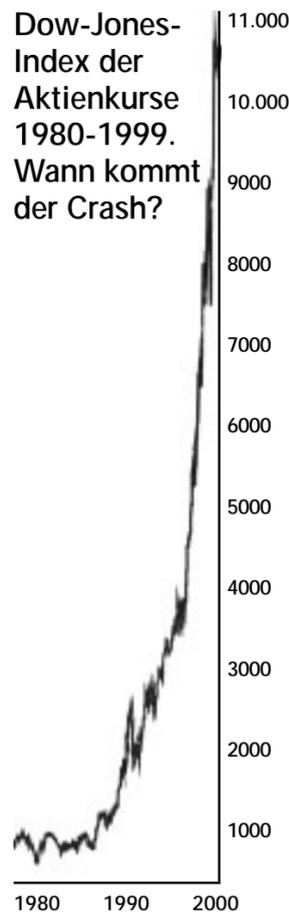
Immer mehr ernsthafte Analysten reden von einer Spekulationsblase in den USA, also eine massive Überbewertung der Aktien, die irgendwann platzen muß.

Krise in Japan

Genau dies geschah Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre in Japan, als die dortige Spekulationsblase platzte, weil Aktien und Immobilien völlig überbewertet waren. Auf dem Höhepunkt des Booms lag der japanische Aktienindex Nikkei einmal bei 39.000 Punkten und nichts schien den weiteren Höhenflug aufhalten zu können. Seit Einbruch der Krise ist er selten noch über 20.000 hinausgekommen. Die japanischen Banken sitzen bis heute auf einem Berg von faulen Krediten, die einmal durch hohe Aktien- und Immobilienwerte abgesichert schienen.

Ein im Grunde ähnlicher Vorgang wiederholte sich vor zwei Jahren bei dem Crash in Südostasien. Hier war sie noch gepaart

Dow-Jones-Index der Aktienkurse 1980-1999. Wann kommt der Crash?



mit einem Zusammenbruch der Währungen.

Vorausgegangen war hier wie dort ein Rückgang der Gewinne und Absatzerwartungen, bedingt durch Überproduktion bzw. Überkapazitäten.

Seit Anfang der 90er steckt die japanische Wirtschaft in einer langgezogenen Stagnation und Depression, begleitet auch von einer Deflation, einem Rückgang der Marktpreise: für Verbrauchsgüter, aber auch für Immobilien, Aktien, Vermögenswerte und Geld, (der Leitzins liegt derzeit bei 0,5 Prozent).

Und auch acht massive staatliche Konjunkturprogramme mit einem Volumen von insgesamt 1.800 Milliarden DM (!) konnten die Probleme nur abmildern und verschieben, aber bewirkten kein Anspringen der Konjunktur. Zur Zeit wird das neunte aufgelegt, mit noch einmal 310 Milliarden DM. Damit hat Japan in den 90ern fast doppelt soviel für Konjunkturprogramme ausgegeben wie der deutsche Staat für die Vereinigung. Allein die Neuverschuldung liegt bei 10 Prozent des Sozialprodukts (damit würde Japan die Maastricht Kriterien, drei Prozent, weit überschreiten). Doch das Wirtschaftswachstum dümpelt auch in diesem Jahr um 0,5 Prozent.

Überproduktion und deflationäre Tendenzen (Preisverfall) gibt es in der gesamten Weltwirtschaft.: in der Autoindustrie, im Flugzeug- und Schiffbau, in der Stahlproduktion. Ein Hintergrund für die Welle von Großfusionen ist auch die „Bereinigung“ der Märkte und Stilllegung von Kapazitäten.

Harte Landung

Auch die europäische und besonders die deutsche Konjunktur-entwicklung hängt von den internationalen Märkten ab. In Europa wird das Wachstum zusätzlich gedämpft durch die Sparpolitik entsprechend den Maastricht-Kriterien.

Alle Faktoren für eine globale Krise haben sich aufgebaut: Überproduktion, spekulativ aufgeblähte Aktienmärkte, deflationäre Tendenzen. In manchen Regionen sind sie schon zum Durchbruch gekommen wie in Japan und Südostasien, in anderen brodeln sie noch unter der Oberfläche. Ohne eine genaue Prognose über den Zeitpunkt geben zu können kann man doch sagen: Es hat keine „weiche Landung“ gegeben, sondern die harte Landung steht in den USA und Europa erst noch bevor. Mit wahrscheinlich dramatischen Auswirkungen für die gesamte Weltwirtschaft.



Kosovo

Die UNO hat jetzt die Suche nach den Massengräbern im Kosovo abgeschlossen und insgesamt 2500 tote Albaner entdeckt, von denen ein Teil durch Nato-Bomben umgekommen ist. Alle „serbischen“ Zeitungen haben während des Krieges von 10.000 Opfern aufwärts gesprochen, die britischen „Sunday Times“ sogar von 100.000 Toten. In einigen Orten, in denen Scharping von Massengräbern mit 700 Toten gesprochen hat, gab es gar keine Massengräber. Ein Foto von einem „KZ“, das auch von Scharping verwendet wurde, wurde nach der Überprüfung von Journalisten als die Innenseite eines Flüchtlingslagers identifiziert. Die Albaner, die auf dem Foto hinter dem Zaun stehen, standen in Wirklichkeit außerhalb des Lagers.

Hilfe vorbei

Im nächsten Frühjahr sollen nach dem Willen der Innenminister im „erheblichen Umfang“ Kriegsflüchtlinge aus Kosovo zurückgeschickt werden. Der Kosovo ist zu über 60 Prozent vom Krieg zerstört worden. In Serbien ist die Industrieproduktion um 50 Prozent zurückgegangen. Ende des Jahres soll die Rückführung „im Wesentlichen“ abgeschlossen sein. Damit im zerstörten Kosovo nicht zuviel Unruhe aufkommen kann, wollen die Innenminister die Zahl der deutschen Polizisten im Kosovo von 210 auf 420 Beamte aufstocken.

Tschetschenien

Bei einem Gipfeltreffen im November hat die OSZE einvernehmlich beschlossen, daß Rußland im Tschetschenien Konflikt eine politische Lösung suchen muß. Was Moskau allerdings nicht davon gehalten hat, weiter Dörfer und Städte in Tschetschenien zu bombardieren. Der Westen beschränkt sich in seiner Reaktion auf das Äußeren von Skepsis, Unverständnis und Besorgnis.

Werften

100.000 Werftarbeiter in ganz Europa demonstrierten im November gegen die scharfe Konkurrenz aus Südkorea. Unterstützung bekamen sie dabei (oh Wunder!) vom europäischen Verband der Werftunternehmer. 10 südkoreanische Werften mit ca. 40.000 Beschäftigten bauen heute bereits mehr Schiffe als 210 europäische Werften mit 120.000 Beschäftigten. Dabei wurde in Europa schon massiv zusammengekürzt. In Frankreich und Großbritannien verloren 80 Prozent der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz, in Schweden 97 Prozent und in Belgien gibt es keinen Schiffbau mehr. In Deutschland gibt es noch 20.000 Schiffsbauer. Alleine in Ostdeutschland wurde in den letzten Jahren der Bestand von 35.000 auf 5.000 zusammengekürzt. Aber auch in Südkorea haben die Dumpingpreise Auswirkungen. In der Halla-Werft in Mokpo zum Beispiel sind 7.000 von 10.000 Arbeitern entlassen worden. Der Rest hat nachdem er fünf Monate keinen Lohn bekommen hat, Mitte 1998 seinen Betrieb besetzt. Die Kontaktaufnahme zu diesen Arbeitern wäre sicherlich sinnvoller, als sich auf ein Bündnis mit den einheimischen Unternehmern einzulassen.

Kapitalismus im 20 Jahrhundert Der Aufschwung war die Ausnahme



„Der Kapitalismus hat gesiegt“ war vor zehn Jahren die Botschaft nach dem Zusammenbruch des real existierenden Stalinismus. Am Ausgang des 20. Jahrhunderts versuchen die Verfechter des Kapitalismus, ihr System als das einzig erfolgreiche darzustellen, zu dem es keine Alternative gebe. Doch die Geschichte des Kapitalismus im 20. Jahrhundert ist alles andere als eine durchgehende Erfolgsstory.

Im Grunde gab es in den Industrieländern nur zwei markante Phasen von Prosperität: der Aufschwung zu Beginn des Jahrhunderts, etwa bis 1912, und der Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg, etwa von 1950-75. In diesen Phasen gab es enorme Wachstumsraten, eine rasante Entwicklung der Produktivität, entstanden neue Branchen. Vor dem Hintergrund von Kämpfen der Arbeiterbewegung, Ge-

werkschaften und Arbeiterparteien, konnte auch ein steigender Lebensstandard errungen werden.

Doch auch dies galt nicht für die Menschheit schlechthin. 2/3 lebten in Kolonien bzw. später in abhängig gehaltenen ex-kolonialen Ländern. Sie haben nur wenig von diesen Aufschwüngen abbekommen. Zwar nahmen die sog. 3. Welt-Staaten immer wieder Anläufe zu Entwicklungssprüngen. Doch ebenso oft wurden sie letztlich wieder zurückgeworfen, wie zuletzt auch die sog. Tigerstaaten Südasiens. Der Kapitalismus war global gesehen nicht in der Lage, Fortschritt und steigende Lebensqualität zu verallgemeinern.

Und soziale Absicherung gab es weltweit betrachtet nur in einer Handvoll Staaten in Europa und nur für eine gewisse Zeit, wie in Deutschland, Schweden, oder Österreich. Selbst für ArbeitnehmerInnen und Rentne-

rInnen in den USA und Japan war der sogenannte Sozialstaat auch in besseren Zeiten weitgehend unbekannt.

Auf und ab

Auf den Aufschwung Anfang des Jahrhunderts folgte der erste Weltkrieg. In den „goldenen“ 20er Jahren wurde in den Industrieländern nur der Vorkriegsstand wieder erreicht, mit Ausnahme der USA, die sich damals als Wirtschaftsmacht Nr. 1 nach vorn schob.

Dann brach die Weltwirtschaftskrise 1929-33 aus, und in dem darauf folgenden kurzen und labilen Aufschwung wurde kaum der Stand von 1928 wieder erreicht; schon gar nicht hinsichtlich der Löhne und Lebensbedingungen. Letztlich führten die unbewältigten Widersprüche in der Weltwirtschaft in den 30er und 40er Jahren zu Diktaturen, Faschismus und 2. Weltkrieg.

Nach dem Krieg wurde z.B. in Deutschland erst Ende 50er Jahre wieder das Lohnniveau von 1938 erreicht. Dieses war aber gerade das von 1928, was wiederum beim Vor-Weltkrieg I-Niveau lag...!

In den Industrieländern folgten dann aber 25 Jahre des Aufschwung und der Steigerung des Lebensstandards, bis etwa Mitte der 70er, dann etwa ein Jahrzehnt der Stagnation bis Mitte der 80er Jahre, und seitdem wieder ein deutlicher Abwärtstrend bei Löhnen und Lebensstandard.

Im überwiegenden Teil unseres Jahrhunderts zeigte der Kapitalismus sein häßliches Gesicht, der Aufschwung war die Ausnahme.

Finanzmärkte abgehoben

Die krisenhaften Erscheinungen setzten seit Mitte der 70er

Jahre ein, mit der ersten international gleichzeitigen Nachkriegsrezession. Seitdem steigt die Sockelarbeitslosigkeit in jedem Konjunkturzyklus an. Die Schuldenberge wuchsen, sowohl der Unternehmen und Privathaushalte wie auch der Staaten, trotz Sparpolitik seit den 80er Jahren. Niemand glaubt mehr an eine Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Ein Sozialproduktwachstum von 2-3 Prozent, das in den 60er Jahre als Krise empfunden worden wäre wird heute als Aufschwung gefeiert.

Spekulation

Seit Mitte der 70er Jahre begannen die Finanzmärkte, sich abzuheben, weil die latente Überproduktion keine ausreichend profitablen Anlagemöglichkeiten in der Produktion mehr boten. Das heißt, seither wird zunehmend spekuliert statt investiert. Auch die massiven Privatisierungen und Deregulierungen, die Märkte wie den der Telekommunikation für das private Kapital eröffnet haben, der Ausverkauf von staatlichen Beteiligungen, die verschärfte Ausplünderung durch Öffnung der Märkte der Dritten Welt all dies hat nur vorübergehende Atempausen geschaffen, hat die strukturelle Krise nicht lösen, die Überproduktion von Kapital nicht abbauen können.

Die internationalen Finanzströme sind heute weitgehend vom realwirtschaftlichen Handel losgelöst. Nur noch 5 Prozent der international gehandelten Devisen sind von täglich 2.000 Milliarden Dollar liegend Handelsgeschäfte zugrunde. Der Rest sind vagabundierende Kapitalströme auf der globalen Suche nach Anlagemöglichkeiten sowie Devisenspe-

kulation. Der Marktwert aller Börsengesellschaften der Welt ist seit 1990 von 9,3 Billionen Dollar auf 25 Billionen Dollar gestiegen, ohne daß sich im vergangenen Jahrzehnt die erwirtschafteten Werte verdreifacht hätten.

Langgezogene Krisenprozesse

Vor 70 Jahren folgten auf die Goldenen Zwanziger Jahre die 30er Jahre der Depression. Heute sind diese Prozesse viel stärker in die Länge gezogen, bedingt auch durch den langanhaltenden Nachkriegsaufschwung, in dem viele Reserven angehäuft werden konnten.

Doch auch die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 brachte nicht mit einem großen Krach den ökonomischen Zusammenbruch. Dem schwarzen Freitag an der New Yorker Börse folgte die Depression nicht auf dem Fuße. Sie entwickelte sich vielmehr über Monate und Jahre, nahm in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Ausgangspunkt und Verläufe. Doch insgesamt mündeten all diese unterschiedlichen Prozesse in das, was man schließlich die Große Depression nannte und auf die Phase von 1929-33 datierte.

Es ist gut möglich, daß in ein paar Jahren rückblickend der Crash in Südostasien vor 1997 als Beginn der tiefsten internationalen Krise der Nachkriegszeit betrachtet wird. Das kapitalistische System gehört genauso auf den Müllhaufen der Geschichte wie die inzwischen untergegangenen bürokratischen Diktaturen Osteuropas.

Artikel auf dieser Seite von Angela Bankert, Köln

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Marktwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen als einen durchschnittlicher Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die Abwahl von Kohl war eine Ermütigung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unver-

meidlich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Da sie die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk
website: <http://www.clubi.ie/dojo/cwi/inde>



SAV im Internet

- **VORAN**
- Broschüren
- Informationen
- Fotos
- Flugblätter
- Kontakte
- Links zur Homepage des CWI

www.SAV-online.de

Internationale Solidarität mit Nigeria

Spendenappell

Nigeria befindet sich im Aufbruch. Nach Jahren offener Militärdiktatur haben Anfang des Jahres die ersten demokratisch genannten Wahlen stattgefunden. In der Bevölkerung sind dadurch Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lebensumstände geweckt worden. In Massen fordern die ArbeiterInnen Nigerias Demokratisierung und Lohnerhöhungen. Demonstrationen mit zehntausenden Teilnehmern haben in Lagos, der Hauptstadt Nigerias, stattgefunden. Diese Kämpfe wurden aber von den neugewählten Herrschern Nigerias mit kaum geringerer Brutalität unterdrückt, als es vorher die Militärs taten. Willkürliche Verhaftungen, Folterungen und Todeskommandos gehören in Nigeria immer noch zum Alltag, besonders für AktivistInnen im politischen Widerstand.

In der VORAN haben wir dieses Jahr schon mehrfach über die politische Situation im Lande und insbesondere über die Arbeit von DSM (Democratic Socialist Movement), der nigerianischen Schwesterpartei der SAV berichtet. Im April mußten wir eine internationale Kampagne zur Freilassung unseres Genossen Lanre Arogundade organisieren, nachdem dieser von Polizisten verschleppt worden war und unter falschem Verdacht mit der Todesstrafe bedroht wurde. Aufgrund des Drucks, den die Solidaritätskampagne in Nigeria und international aufbauen konnten, wurde Lanre wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wir haben über unseren Genossen Ayodele Akele berichtet, der wegen Mitgliedschaft in unserer Partei und wegen seinem Kampf für demokratische Gewerkschaften und Pressefreiheit seinen Posten als Gewerkschaftsfunktionär verlor, dessen Wiedereinstellung aber ebenfalls erkämpft werden konnte. Wir berichteten auch über das Massaker an fünf Studentenfürhern, das durch regierungstreue Killer verübt wurde und dem ein DSM-Mitglied nur mit Glück entkam.

Um die Arbeit des DSM effektiver zu machen und um die (einzige in Nigeria erscheinende) sozialistische Zeitung regelmäßig herausgeben zu können, benötigt die Partei in Nigeria dringend eine Computerausrüstung.

Aus dem diesjährigen Spendenappell zum Jahresende wollen wir eine besondere Spende für das DSM in Nigeria und an das CWI finanzieren.

Desweiteren benötigen wir Geld, um Rücklagen für den geplanten Umzug der SAV-Bundeszentrale nach Berlin zu bilden. Berlin ist die Schnittstelle zwischen Ost und West. Wichti-

ge politische Entwicklungen finden schon jetzt ihren Niederschlag zuerst in Berlin, so zum Beispiel die ersten bundesweiten Demonstrationen gegen die unsoziale Politik der rot/grünen Regierung. Um näher am Geschehen zu sein, besonders auch um mehr über die Entwicklungen in Ostdeutschland mitzubekommen, wollen wir unsere Bundeszentrale nach Berlin verlegen. Ein solcher Umzug ist mit weitreichenden Veränderungen verbunden und kostet viel Geld.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bis zum Jahresende 10.000 DM über den Appell einzunehmen. Alle sind aufgerufen, einen möglichst hohen Beitrag hierfür zu leisten.

Überweist großzügig auf das Konto des VORAN e.V., Stichwort „Spendenappell“:

Konto-Nr.
2500 59 430,
Postbank Essen,
BLZ 360 100 43

Ich erteile VORAN e.V. eine **Einzugsermächtigung** über:
_____ DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift

KontoBank, BLZ

Ort, Datum, Unterschrift

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Montags, 19.00 Uhr, „Au petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119

OG Nord: Mittwochs, 19.00 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41

OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfeforum, Fennstr. 31, S-Bahnhof Schöneeweide

OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Bremen

Dienstags, 19.00 Uhr im Jugendfreizeitzentrum Friesenstr. 110
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Bremerhaven

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

OG Dresden: Freitags, 18.30 Uhr im Stadtteilhaus Neustadt, Prießnitzstr. 18

Frankfurt/Main

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg

Infos unter Tel. (040) 76621797

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12,
Infos unter: (0561) 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle.
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

Rostock

OG Rostock: Donnerstags, 19.00 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg),
Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, Nähe Löhrtor
Infos, Tel.: (0271) 51 291

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Infos unter Tel.: (0711) 242442

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 13 45 04: Bonn, Darmstadt, Duisburg, Essen, Göttingen, Krefeld und Saarbrücken, Wolfsburg.

Die nächste VORAN erscheint am 1. 2. 2000

VORAN Impresum

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Sascha Stanicic
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Die Antwort auf das Schröder-Blair-Papier, auf das Lafontaine-Buch, sowie auf das Gysi-Papier:

Ein sozialistisches Grundsatzprogramm für das neue Jahrhundert!



Zu bestellen unter 0221 / 13 46 04 (4,- DM + 2,- DM Porto) oder anzuklicken im Internet unter <http://www.sav-online.de>

Aachen: Solikomitee für Talbot

Die SAV-Aachen ist Mitinitiator eines am 26. November gegründeten Solidaritätskomitees gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau bei der Firma Talbot. Es waren drei Betriebsräte von anderen Firmen Schumag, Philips und FEV, die ihre Solidarität bekundeten, anwesend. Die bisherigen Streikaktionen wurden unterstützt und die IG Metall sowie der DGB zu weiteren Arbeitskämpfmaßnahmen aufgefordert.

Die Firma Bombardier, die Talbot aufgekauft hat, will im Gesamtkonzern 1100 Arbeitsplätze abbauen. 430 Arbeitsplätze von 850 Arbeitsplätzen sind in Aachen bedroht. „Es muß um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden“, kritisierte SAV-Specherin Mirjam Alberti den IG Metall-Bevollmächtigten Peter Heuser. Dieser hatte öffentlich verkündet, es schon als Erfolg anzusehen, wenn nur 20-25% des Betriebes ausgegliedert würden.

Daß sich Kampfmaßnahmen lohnen, hat der Beschluß der letzten Aufsichtsratssitzung bewiesen, mit dem die Entscheidung über die Standorte Aachen und Vetschau vertagt wurde, den einzigen Orten in denen es Proteste gegeben hat. Diese gilt es jetzt auszuweiten. Die Talbotbeschäftigten hatten in den vergangenen Wochen einen zweistündigen Warnstreik und eine Demonstration organisiert.

Hamburg: Solikomitee für Phoenix

Unter dem Motto: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“

arbeitet das von der SAV mitinitiierte „Solidaritätskomitee Phoenix“ in Hamburg. Es hat Solierklärungen u.a. von VK-Leitung Bosch Siemens Berlin und BR Klinikum Kassel gegeben. Der Betriebsrat hatte weiterhin Aktionen in der Öffentlichkeit abgelehnt. Daraufhin hat eine Unterschriftensammlung in

der Belegschaft stattgefunden: innerhalb von 3 Tagen lagen 600 Unterschriften für eine Demonstration vor. 100 KollegInnen übergaben diese dem Betriebsrat.

Erst nachdem der Vorstand einen Horrorkatalog vorgelegt hatte mit den Androhungen von einer 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich, dem Abbau übertariflicher Leistungen, dem Samstag als Regelarbeitstag und der Reduzierung der Nachtschichtzuschläge,

setzte der Betriebsrat eine Demonstration für den 3.12. an.

Zur Zeit wird die Mobilisierung über Infostände und Plakataktionen durch die KollegInnen des Soli-Komitees in Gang gesetzt. Nach der Demonstration wird eine Diskussionsrunde „wie weiter“ angesetzt. Die Demonstration wird als Anfang, als ersten Schritt, gesehen. Jetzt muss mehr folgen.

Drohanrufe von Neonazis

Die SAV-Siegen hat mit anderen begonnen, die Öffentlichkeit über einen Nazi-Treff zu informieren. Die Kneipe Prellbock, direkt hinter dem Bahnhof, beherbergt regelmäßig eine Gruppe von organisierten Neonazis. Mitglieder der SNF (Siegerländer Nationalfront) sind unter anderem aufgefallen, als sie im Internet zur Fußball-WM in Frankreich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen aufgerufen haben. Wir drucken den Wortlaut der telefonischen Gewaltandrohung der Nazis an die SAV in Auszügen ab, die wir als Reaktion auf unsere Aktivitäten erhalten haben:

„Ich geb euch einen guten Tip: laßt die verdammte Informationszettelerei hier, die in Siegen abläuft. (...) Folgendes: der Prellbock in Siegen bleibt unangestastet von solchen Aktivitäten, die ihr versucht anzuzetteln. (...) Ich garantiere euch, meine Freunde, die SAF und sämtliche Verbündeten, ob das die Kameradschaft 230 oder sonstige Vereinigungen sind, die sind euch allen bekannt, die werden euch gewaltig in den Arsch treten, da werde ich für einsteigen. (...) Ab demnächst, sollte dieser Scheiß in Siegen, gerade in Siegen, nicht beendet werden,

werden wir massiv gegen euch vorgehen. Seid gewarnt!

(...) Um das ganze aufzuklären: hier meldet sich die SNF, die Siegerländer Nationalfront. Wir werden massiv gegen eure Leute vorgehen, sollten diese weiter diese Zettel verteilen. Die Namen liegen uns bereits vor. Sollten weiterhin diese Aktionen, sprich die neonazistischen, angeblich neonazistischen Verbreitung von Material und Gedanken gut eurerseits verbreitet werden, was absolut nicht der Wahrheit entspricht, werden wir gewalttätig vorgehen. Es liegt an euch, Kameraden.“

Die Antwort auf diese Gewaltandrohung kann nur sein: Wir lassen uns im Kampf gegen Neonazis nicht einschüchtern. Linke Gruppierungen, Antifaschistinnen und Antifaschisten müssen sich zusammenschließen und gegen den Nazitreff mobil machen. Zuzulassen, daß sie sich dort treffen würde bedeuten, die Neonazi-Bedrohung mitten im Stadtzentrum zu dulden. Eine Anwohnerinformation, Verteilung der Flugblätter vor der Berufsschule und ein Aktionstag sind geplant.

Alle, die gegen Nazis aktiv werden wollen, sollen sich unter Tel.:0221/134604 melden!

Neues Buch zur DDR 89/90

Erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Die Macht lag auf der Straße“

Unter dem Motto „Die Macht lag auf der Straße“ stellte Robert Bechert sein Buch „Die gescheiterte Revolution“ zusammen mit Rene Henze und Antje Zander in acht verschiedenen Städten vor. Alle drei waren aktive TeilnehmerInnen an der Bewegung 89/90. Sie stellten ihre sozialistische Sicht der Ereignisse zur Diskussion. Knapp 300 BesucherInnen nahmen an diesen Veranstaltungen teil und bekamen ein anschauliches Bild darüber vermittelt, wie die Bewegung 1989 in der DDR als Revolution beginnen und in eine Konterrevolution umschlagen konnte. Das Jahr 2000 wird im Zeichen von zehn Jahren Währungsunion und kapitalistischer Wiedervereinigung stehen. Wir empfehlen die Lektüre dieses Buches als Alternative zur bürgerlichen Verfälschung der Geschichte.

Bestellschein

Ich bestelle _____ Exemplare von „Die gescheiterte Revolution“ zum Preis von DM 20,- pro Stück zzgl. DM 2,- Porto

Name _____

Adresse _____

Datum, Unterschrift _____



Ausschneiden und einschicken an die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Broschüre



„Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“,

VORAN-Broschüre vom Versagen der SPD 1914 über den Faschismus bis zur Revolution/Konterrevolution in der DDR 1990

DIN A 4, 50 Seiten, 4,50 DM

JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von _____ DM bezahlen
- zusätzlich _____ Exemplare zum Weiterverkaufen
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name _____

Telefon _____

Adresse _____

Geschenk-Abo

- befristet, 10 Ausgaben zu 25 DM
- unbefristet

Ich verschenke das Abo. Bitte an folgende Adresse liefern:

Name _____

Telefon _____

Adresse _____

Ich erteile VORAN e.V. eine **Einzugsermächtigung** über: _____ DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift _____

Kontonr./ Bank/ BLZ _____

Ort, Datum, Unterschrift _____

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 211 Dezember 1999 / Januar 2000

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

(02 21) 1 3 4 5 0 4
Anrufen, Informieren, Mitmachen

Gegen Arbeitslosigkeit: Gemeinsamer Kampf in Ost und West

4 Millionen Menschen sind derzeit offiziell arbeitslos. Besonders in Ostdeutschland ist kein Ende in Sicht. Ein Viertel der Menschen ist offen oder verdeckt arbeitslos. Zwischen 1989 und 1991 vollzog sich ein Einbruch der so noch nie in einer Industrieregion weltweit passiert ist. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um über 40%, die Industrieproduktion bis 1992 um 70 %. Die Folge: jeder zweite Industriearbeitsplatz ging verloren.

Wir wollen hiermit ein Programm entwerfen, das angesichts dieser Entwicklung einen Weg aus der Arbeitslosigkeit bietet.

Katja Raetz, Berlin

Kampf um jeden Arbeitsplatz

Wir können uns keinen einzigen weiteren Verlust eines Arbeitsplatzes mehr leisten. Gerade in Ostdeutschland wird immer wieder versucht, Arbeiter mit Auffang- und Beschäftigungsgesellschaften zu verdrängen. Aber Ersatzarbeitsplätze gibt es nicht. Wir brauchen einen gemeinsamen Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Arbeit verteilen! Bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen

Auf der einen Seite heißt es, es ist nicht genug Arbeit für alle da, auf der anderen Seite schufen ArbeiterInnen 40 oder sogar 50 Stunden die Woche. Schon allein eine Absenkung der 40-h-Woche im Osten auf Westniveau würde Neueinstellungen ermöglichen. Stattdessen wird das Renteneinstiegsalter stufenweise heraufgesetzt. Mit diesem Wahnsinn von Überarbeitung auf der einen Seite und Nicht-arbeiten-dürfen auf der anderen muß Schluß gemacht werden. Ein Anfang zur weiteren Arbeitszeitverkürzung wäre die Einführung der 30-h-Woche. Dies muß jedoch bei vollem Lohnausgleich und garantierten Neueinstellungen geschehen.

Ein Ausbildungsplatz für jeden und jede - mit garantierter Übernahme

Laut DGB hatten 145.000 Jugendliche im September noch keinen Ausbildungsplatz. Im Osten ist das betriebliche Angebot seit 1996 um 9% zurückgegangen.

Die privaten Unternehmer sind unfähig, eine vernünftige Ausbildung der Jugend zu garantieren. Die Qualität bei den privaten Ausbildern sinkt stetig. In den vergangenen Jahren haben sich Großbetriebe immer mehr zugunsten des Handwerks aus der Ausbildung zurückgezogen. Eine gute und umfassende Ausbildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und kann nicht Profitinteressen untergeordnet werden. Heutige staatliche Lehrwerkstätten dienen jedoch häufig nur dazu, Jugendliche aus den Arbeitslosenstatistiken herauszuhalten.

Qualifizierte, überbetriebliche Ausbildungszentren müssen geschaffen und ausgebaut werden. Sie müssen mit modernen Anlagen bestückt sein und über ausreichend Betriebspraktika die Verbindung zwischen Theorie und Praxis gewährleisten. Die Ausbildungsinhalte sollen demokratisch von Gewerkschaften, Staat und Azubis kontrolliert werden. Finanziert werden muß dies über eine Ausbildungsabgabe aller Unternehmer.



1989 kämpften Beschäftigte des ostdeutschen Einzelhandels in Berlin für die Angleichung der Ostgehälter an das Westniveau

Nein zu Privatisierung

Politiker versuchen, Privatisierung immer wieder als Allheilmittel gegen leere öffentliche Kassen und zur Wirtschaftsstärkung zu verkaufen. Die Privatisierungswelle nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland zeigt aber, daß dies ein Hebel war, um die ostdeutsche Wirtschaft zu zerschlagen. Einzelne Private konnten sich so eine goldene Nase verdienen, die Verluste wurden den Steuerzahlern aufgebürdet. Siemens konnte zum Beispiel für 155 Millionen DM 11 Werke kaufen, die bereits im Geschäftsjahr 1992/93 5,6 Milliarden DM Umsatz erwirtschaftet haben.

In Berlin wurden im letzten Jahr die Gaswerke (Gasag) und die Energiewerke (Bewag) teilprivatisiert. Die Zahl der Arbeitsplätze soll bis zum Jahr 2003 und 2004 jeweils beinahe halbiert werden. Gleichzeitig hatte die Bewag zum Beispiel 1997/98 einen Jahresüberschuß von 279 Millionen erzielt. Die Kosten für die Arbeitslosigkeit werden jedoch wir alle zu zahlen haben.

Die einst staatliche Post / Telekom war größter Ausbildungsbetrieb in Deutschland. Seit der Privatisierung wurden zehntausende Arbeits- und Ausbildungsplätze abgebaut.

Für ein öffentliches Investitionsprogramm in Ost und West in Höhe von 300 Milliarden jährlich.

1992 lagen die durchschnittlichen Kapitalkosten für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes bei rund 150.000 DM. Für 300 Milliarden könnten rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden. Die Kosten der Arbeitslosigkeit betragen 160 Milliarden DM jährlich. Im Umweltbereich und im sozialen Sektor gibt es genug zu tun: 1997 waren von den ostdeutschen Wohnungen nur 30% schadensfrei, gleichzeitig sind tausende Bauarbeiter arbeitslos. An den Berliner Schulen fallen jede Woche 15.000 Überstunden an und trotzdem gibt es noch Unterrichtsausfall und arbeitslose LehrerInnen. Bei der Bahn wurden seit 1994 83.000 Arbeitsplätze vernichtet. Überlastung des Personals und Unfälle sind die Folge.

Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen in staatliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten

Wir treten für die planvolle Verwendung der Arbeitskräfte und der materiellen Reichtümer im Interesse der Mehrheit der Menschen ein. Um das zu ermöglichen, müssen die zentralen Industrieunternehmen und Banken enteignet und in öffentliches Eigentum überführt werden. Wir lehnen dabei die Ersetzung der privaten Kapitalbesitzer durch all-

mächtige Staatsbürokraten ab. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie wie in der DDR noch die Diktatur der Banken und Konzerne. Die Planung der Produktion nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten erfordert die bewußte demokratische Kontrolle durch alle Beschäftigten.

Gemeinsamer Kampf in Ost und West

Diese Programm können wir jedoch nur durchsetzen, wenn wir uns nicht spalten lassen. Heute werden Niedriglöhne in Ostdeutschland dazu benutzt, auch die Löhne im Westen zu drücken. Nur wenn wir zusammenhalten, können wir erfolgreich sein.

Stell Dir vor...

... wir packen die Regierung, Faschos und die Unternehmerbosse in das Sparpaket und schießen es zum Mond.

Stell Dir weiter vor, die Wirtschaft und die Gesellschaft würden nun nicht mehr nach den Gewinninteressen der oberen Zehntausend organisiert, sondern nach dem Willen der einfachen Bevölkerung.

Was wäre da möglich?!

Der gesellschaftliche Reichtum würde nicht mehr für Rüstung oder in die Taschen der Konzernbesitzer und Politiker wandern, sondern für gesellschaftlich sinnvolle Dinge eingesetzt. Es gäbe keine Arbeitslosen mehr, denn die Arbeit würde auf alle gerecht verteilt. Die Arbeitszeit würde auf 3 bis 4 Stunden am Tag verkürzt und der Job wäre auch nicht mehr stupide Plackerei, denn es würde moderne Technik (Maschinen und Computer) eingesetzt.

Es gäbe keine zerfallenen Wohnhäuser mehr und auch keine anonymen Neubau"ghettos" - sondern

modern, sanierte Wohnparks mit viel Grün, Spielplätzen und kostenlosen Jugend-, Begegnungs- und Freizeitzentren für Jung und Alt. Es macht Spaß, nach getaner Arbeit in einem der vielen gemütlichen Cafés zu sitzen und die frische Luft zu genießen. Denn die Luft und die Umwelt wäre saniert, da alle wissen, eine kaputte Umwelt bringt uns alle um. Dementsprechend wäre die Produktion auf ökologisch vernünftige Weise umgestellt und die Straßen wären nicht mit Blechlawinen vollgestopft, sondern Bus und Bahn gäbe es zum Nulltarif und gut ausgebaut. In den Läden wären die Waren von guter Qualität und trotzdem preiswert, da niemand daran Profit macht. Lebensmittel wären nicht mehr vergiftet. Schule würde wieder Spaß machen, da die Klassen klein, die Räume gemütlich, die Fenster in Ordnung sind und die Lehrer auch. Der Unterricht wäre nicht stupides Zahlenpauken und Auswendiglernen, sondern lebendige Diskussionen und Exkursionen, demokra-

tisch von den Schülern und Lehrern entschieden. Die Worte Krieg, Vorteile, Gier und Neid kommen nur im Geschichtsbuch noch vor, als eine Zeit, wo Armut, Mangel, Ellenbogen und Konkurrenz herrschten. Die Menschen reisen wohin sie wollen, ohne einen Pass zu benötigen, denn es gibt keine Grenzen und keine Grenzschützer mehr und niemand stört sich daran, wie der Mitmensch lebt oder liebt...

War' das nicht schön?!

Und nun mach die Augen wieder auf! Millionen Arbeitslose, hektische Menschen auf grauen Straßen, vollgestopft mit Autos und teurer Werbung, Kriege und milliarden schwere Rüstungsprogramme, Aktionäre, die nur an Gewinne denken und korrupte Politiker...

Nein! Schließ nicht wieder die Augen, sondern hilf' mit, daß der Traum Wirklichkeit wird - mach mit bei der SAV!

René Henze, Rostock

Werde Mitglied der SAV ! Wer wird das erste Mitglied im neuen Jahrtausend?

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Name, Adresse, Telefon

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln